

Inhaltsverzeichnis

Abendvorträge	Seite 2
Ehrungen	Seite 7
Ernennung	Seite 8
Magisterfeier	Seite 9
M.P.A. Wissenschafts- management	Seite 11
Studium	Seite 14
Internationales	Seite 20
Kurzmeldungen	Seite 24
Aus der Weiterbildung	Seite 32
Führungskolleg	Seite 40
Personal/Publikationen	Seite 46

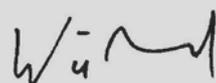
Liebe Leserinnen und Leser,

nach dem Start der beiden Präsenz-Masterstudiengänge „Öffentliche Wirtschaft“ und „Administrative Sciences“ im vergangenen November startete im April 2012 das erste berufsbegleitende Masterprogramm der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer: der M.P.A. Wissenschaftsmanagement. Dieser in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Wissenschaftsmanagement entwickelte *executive* Studiengang vermittelt in 24 Monaten das interdisziplinäre Steuerungs-Know-how, das für die Professionalisierung des Managements in der Wissenschaft benötigt wird. Der Start des Programms war für die Universität ein herausragender Erfolg. Die Bewerberstruktur und -zahl zeigen: es besteht ein großer Bedarf an nachhaltigen Angeboten in diesem Bereich.

Nach wie vor steht die Ausbildung von Referendarinnen und Referendaren im Mittelpunkt der Lehre der Universität. Im zurückliegenden Semester konnte für diese Studierendengruppe ein besonders attraktives Programm bereitgestellt werden. Als ganz besondere Höhepunkte sind hier zu nennen der uns allen in Erinnerung bleibende Abendvortrag des sachsen-anhaltinischen Finanzministers Jens Bullerjahn, der völlig neuartige Konzepte zum Umgang mit der Schuldenkrise vorstellte, ein weiterer Durchgang unseres gemeinsam mit der School of Public and Environmental Affairs der Indiana University in Bloomington durchgeführten Programms „SPEA in Speyer“ sowie der gemeinsam mit der ENA organisierte deutsch-französische Studientag.

Neu an der Universität begrüßen konnten wir im vergangenen Semester Frau Univ.-Professorin Dr. Michèle Morner, die auf dem Lehrstuhl für Personal, Führung und Entscheidung den wichtigen Bereich Führung und Governance im organisationalen Kontext in unserer Forschung, Lehre und Weiterbildung abdecken wird.

Informationen hierzu und zu vielem mehr finden Sie auf den nächsten Seiten. Ich wünsche Ihnen eine angenehme Lektüre



Univ.-Professor Dr. Joachim Wieland
Rektor der Deutschen Universität für
Verwaltungswissenschaften Speyer

Attraktiv ohne neue Schulden Mit dem „System Bullerjahn“ zum Erfolg



Feierlicher Semesterauftakt in der Aula

Fotos: Uni Speyer

Dies sei die erste Semestereröffnung an der „Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer“, betonte Univ.-Prof. Dr. Joachim Wieland, als er als Rektor am 24. Mai 2012 in der Aula Kollegen, Studierende und Ehrengäste, wie den stellvertretenden Ministerpräsidenten und Finanzminister von Sachsen-Anhalt Jens Bullerjahn und den Speyerer Oberbürgermeister Hansjörg Eger sowie dessen Amtsvorgänger Werner Schineller und als weitere Vertreter des Stadtvorstandes Bürgermeisterin Monika Kabs und Beigeordneten Dr. Wolf Böhm begrüßte. Erstmals im Kreise des Professorenkollegiums der Universität konnte Wieland bei dieser Gelegenheit die erst zum Beginn des Sommersemesters berufene neue Inhaberin des Lehrstuhls für Personal, Führung und Entscheidung im öffentlichen Sektor, Univ.-Prof. Dr. Michèle Morner willkommen heißen.

Wieland ging in seiner Eröffnungsrede zunächst auf die zurückliegende Namensänderung der Hochschule in Universität ein. Der frühere Namen habe sich zu einem Markenzeichen entwickelt, dennoch habe man sich im 65. Jahr des Bestehens der Speyerer Einrichtung zu einer Umbenennung entschlossen, die verdeutlicht, dass es sich beim bedeutendsten verwaltungswissenschaftlichen Zentrum in Deutschland um eine Universität handelt. Die

Universität erhofft sich von der Namensänderung insbesondere, international besser wahrgenommen zu werden, wird aber bei diesem „Zug zur Moderne“ ihre klassischen Werte wie Interdisziplinarität und Transdisziplinarität sowie enge Verbindung von verwaltungswissenschaftlicher Forschung und Verwaltungspraxis erhalten.

Anschließend stellte der Rektor den Redner des Abends vor und unterstrich, dass Jens Bullerjahn es als Finanzminister geschafft habe,

dass Sachsen-Anhalt als eines von ganz wenigen Bundesländern seinen Landeshaushalt bereits im Jahr 2007 ohne Neuverschuldung habe aufstellen können. Mit überlegtem und vernünftigem Sparen sei so das von Finanzpolitikern in der gesamten Bundesrepublik mit großem Interesse verfolgte „System Bullerjahn“ entstanden.



Der Rektor, Univ.-Prof. Dr. Joachim Wieland, bei der ersten Semestereröffnung an der „Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer“

Bullerjahn begann sein mit zahlreichen Schaufeln, Statistiken und Planungszahlen unterlegtes Referat zunächst mit einer „Eröffnungsbilanz“ seiner inzwischen sechsjährigen Tätigkeit als Finanzminister von Sachsen-Anhalt. Insbesondere verwies er hier auf den weitreichenden Umbau der Landes- und Kommunalverwaltung mit einer Reduzierung der Zahl der Landkreise von 37 auf 11, die der Kommunen

von 857 auf 230 und der Zahl der Stellen der Landesbediensteten um 17.000.

Eingehend erläuterte Bullerjahn dann die Konsequenzen des demografischen Wandels auf die Verwaltungsstrukturen nicht nur in seinem Land, sondern in der ganzen Bundesrepublik.

Ganz am Ende müsse die Frage stehen, welche Grundstruktur Deutschland nach 2030 haben soll, wobei Bullerjahn eine Länderneugliederung nicht ausschloss. Er zeigte sich optimistisch, mit einer vorausschauenden Finanzpolitik Menschen überzeugen zu können. Bullerjahn skizzierte die Rahmenbedingungen einer solchen Politik und beschrieb die ehrgeizigen Ziele seines Landes auf dem Weg in Richtung Schuldenabbau und in die Selbstständigkeit.

Nicht ohne Stolz stellte er fest, dass Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern ohne neue Schulden durch die Wirtschaftskrise gekommen sind. Sein Land könne das vorhandene strukturelle Defizit sogar statt bis 2020 schon 2013 beseitigen. Unmittelbar danach werde mit der Reduzierung des Schuldenbergs um jährlich 300 Millionen Euro begonnen werden. „Im Jahr 2030 wollen wir dann endgültig schuldenfrei sein“, kündigte er an. Dies sei um so wichtiger, als er für die Zeit nach 2017 mit einem deutlichen Anstieg der Zinssätze rechne. „Dann werden Refinanzierungen deutlich teurer“, gab Bullerjahn zu bedenken, „deshalb müssen wir bis dahin mit unseren Schulden tilgungen weitgehend ‚durch‘ sein.“

Wichtig sei in diesem Zusammenhang eine mehrjährige Finanzplanung in Kombination mit einer noch weiter in die Zukunft reichenden Personalplanung. Dies sei das Instrumentarium, um in der „Zeit danach“ zu verhindern,



Jens Bullerjahn, stellvertretender Ministerpräsident und Finanzminister von Sachsen-Anhalt

dass die Haushalte erneut in eine Schieflage geraten. Schon jetzt müsse dafür gesorgt werden, dass dies nicht wieder geschehen kann.

Erforderlich seien hierzu u. a. ein umfangreiches Controlling und ein detailliertes Entwicklungsprogramm, in dem alle nötigen Schritte prospektiv bis ins Jahr 2025 verzeichnet werden und wodurch die mittel- und langfristigen Entwicklungen der Haushalte prognostizierbar gemacht werden sollen.

Entscheidend sei in diesem Zusammenhang die enge Zusammenarbeit zwischen dem Land und seinen Kommunen. Nur gemeinsam könnten beide ihre Haushalte konsolidieren. Nötig hierfür ist eine Gesamtstrategie und die Schaffung entsprechender Strukturen mit ständigen Kontrollmechanismen und einem System von Anreizen, das auch Sanktionsmöglichkeiten beinhalten müsse. Bullerjahn zeigte sich optimistisch, dass in Sachsen-Anhalt bis 2020 alle Kommunen weitgehend schuldenfrei sein könnten.



Musikalisch umrahmt wurde die Semestereröffnung von Bogdan Michael Kisch (Cello) und Adrian Fischer (Piano).

Wieviel Kirche braucht unsere Gesellschaft?

Vortrag von Kirchenpräsident Christian Schad

Am Abend des 3. Juli 2012 konnte der Rektor der Universität, Univ.-Prof. Dr. Joachim Wieland, zahlreiche Zuhörer zum letzten Abendvortrag des Sommersemesters in der Aula begrüßen - darunter den Speyerer Oberbürgermeister Hansjörg Eger und seine Vorgänger Werner Schineller und Dr. Christian Roßkopf - beide auch nach dem Ablauf ihrer Amtszeiten der Speyerer Universität sehr eng verbunden. Ebenfalls begrüßen konnte der Rektor den Ehrendoktor und Ehrensenator der Universität, Ehrenvorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung, Ministerpräsident a. D. Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Bernhard Vogel und den Staatsminister a. D. Dr. Georg Gölter, den Landtagsabgeordneten Dr. Axel Wilke sowie den Städtischen Beigeordneten Frank Scheid.

Im Mittelpunkt des Abends stand der Vortrag des Präsidenten der Protestantischen Landeskirche der Pfalz Christian Schad, der wie bereits im vergangenen Jahr am 18. Januar 2011 der katholische Bischof Speyers Dr. Karl-Heinz Wiesemann ein Schlaglicht auf die Rolle der Kirche in der heutigen Gesellschaft warf.

„Wieviel Kirche braucht unsere Gesellschaft?“ lautete der Titel von Schads Vortrag. Gleich zu Beginn seiner Ausführungen erläuterte Schad vor dem Hintergrund der bekannt gewordenen Missbrauchsfälle, die die Glaubwürdigkeit der Kirchen beschädigt hätten, dass die Gesellschaft die Kraft der Kirchen dennoch dringend brauche.

Unter Verweis auf empirische Erhebungen beleuchtete Schad die aktuelle Situation insbesondere der evangelischen Kirche. Er unter-

strich mit Verweisen auf das Glaubensbekenntnis, dass die Kirchen mit geistlicher Substanz, mit gesellschaftlicher Kompetenz und ethischer Orientierungskraft weit ausstrahlen und so ihre Lebensdienlichkeit erweisen. Er erläuterte anhand der Unterscheidung von Gott und Mensch, wie Kirchen totalitären Staatsideologien und einer Vergöttlichung des Staates entgegenwirken können.

Die Kirchen stünden für eine Kultur des Konflikts, die von wechselseitiger Annahme und Lernbereitschaft geprägt sei. Dies zeige die christliche Fähigkeit zur Schuldanerkenntnis und die zur Vergebung.

Als „Gemeinschaft der Verschiedenen“ könne Kirche hilfreich sein für eine sich kulturell immer weiter ausdifferenzierende Gesellschaft. Christlicher Glaube, so Schad, gehe einher mit einem „Ethos aktiver Toleranz“. Dies sei eine mögliche Grundlage für ein friedvolles Zusammenleben in einer multireligiösen Welt. In diesem Sinne sei Kirche stets „Weltkirche“ bzw. - nach Bonhoeffer - „Kirche für die Welt“.



Christian Schad, Präsident der Protestantischen Landeskirche der Pfalz

Fotos: Uni Speyer



Auditorium beim Abendvortrag ...



... und angeregte Diskussion bei Brezeln und Wein

Deutschland und Frankreich in Europa

Abendvortrag des französischen Generalkonsuls Jean-Claude Tribolet

Der auch für Rheinland-Pfalz zuständige Generalkonsul der Französischen Republik in Frankfurt, Jean-Claude Tribolet, stellte am Abend des 14. Juni 2012 in der Aula der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften das deutsch-französische Verhältnis in den Mittelpunkt seines Abendvortrages. Dies ohnehin besonders interessante Thema gewann durch die drei Tage später stattfindende zweite Runde der Wahlen zur französischen Nationalversammlung noch an Spannung.

Tribolet stellte in den Mittelpunkt seines Vortrags die Person des neuen französischen Präsidenten, seine deutschlandpolitischen Ansichten und Wahlkampfaussagen und beleuchtete auch die deutsche Frankreichpolitik, insbesondere im Zusammenhang mit der Schuldenkrise und deutschen Reaktionen auf den Amtswechsel im Elysée-Palast. So ging er beispielsweise auf den Empfang der „SPD-Troika“ durch den neuen Staatspräsidenten ein.

Mit Blick auf das Programm des neuen Präsidenten erläuterte Tribolet dessen Inhalte, beispielsweise hinsichtlich der Rente mit 60, bezüglich des Abbaus von Beamtenstellen auf allen Ebenen der französischen Verwaltung, jedoch nicht, ohne diese zu relativieren. Viele

Wahlkampfaussagen seien teilweise populistische Formulierungen, die u. a. dem Umstand geschuldet seien, dass auch bei diesen Wahlen ein Drittel der Franzosen für eine extremistische Partei des linken oder rechten politischen Spektrums gestimmt habe.

Tribolet bekannte sich jedoch eindeutig zu einer Weiterentwicklung des europäischen Gedankens. „Wenn wir im kommenden

Jahr des 50. Jahrestages der Elysée-Verträge gedenken, dann wird es darauf ankommen, dass Deutschland und Frankreich wieder gemeinsame Lösungen für Europa finden, die auch von den anderen EU-Ländern mitgetragen werden können“, so Tribolet. Ein Blick in die Vergangenheit zeige, dass Europa zu mutigen Entscheidungen in der Lage sei, wenn es unter großem Druck stehe. „Vielleicht stehen wir deshalb heute - unter dem Eindruck der Finanzkrise - vor einem wichtigen Sprung in Richtung einer politischen Union in Europa.“

In der anschließenden Diskussion kam

dann unter anderem auch die Finanzkrise zur Sprache. Hier wurde aus dem Auditorium insbesondere die Frage nach der Sinnhaftigkeit der europäischen Fiskalpolitik gestellt. Hier sprach sich der Generalkonsul gegen ein Zuviel an Pessimismus in der aktuellen Diskussion aus.



Der Rektor der Universität Speyer, Univ.-Prof. Dr. Joachim Wieland, und der Prorektor, Univ.-Prof. Dr. Stefan Fisch, konnten den französischen Generalkonsul Jean-Claude Tribolet (r.) an der Universität Speyer begrüßen

Fotos: Uni Speyer



Auditorium beim Vortrag zum deutsch-französischen Verhältnis

Der Rektor der Universität, Univ.-Prof. Dr. Wieland, konnte den Abendvortrag dafür nutzen, zwei besondere Amtshandlungen vorzunehmen.



Übergabe der Universitätsmedaille an Dipl.-Ing. Rudolf Butz durch den Rektor der Universität Speyer, Univ.-Prof. Dr. Joachim Wieland
Fotos: Uni Speyer

Gleich zu Beginn der Veranstaltung zeichnete er Herrn Dipl.-Ing. Rudolf Butz, den lange Jahre für die Speyerer Universität zuständigen Referenten beim Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung mit der Universitätsmedaille aus.

„Wer durch die Hochschulen in Deutschland geht, wird rasch erkennen, dass es wohl keine zweite Universität gibt, die in besserem Zustand ist als die Einrichtung in Speyer“, stellte

Wieland erfreut fest. Dies verdanke die Universität in hohem Maße dem jahrelangen kompetenten Wirken von Herrn Butz. Von daher sei es mehr als gerechtfertigt, dass dieser als erster Träger der Medaille nach der Namensänderung der Hochschule in „Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften“ in die Geschichte der Institution eingehe.

Anschließend konnte Univ.-Prof. Dr. Wieland Herrn Rechtsanwalt Dr. Christian Theobald die Ernennungsurkunde zum Honorarprofessor der Universität übergeben. Theobald, der seit Jahren erfolgreich als Lehrbeauftragter an der Speyerer Universität tätig ist und dort als ausgewiesener

Experte für Energie- und Verkehrswirtschaftsrecht, für Kartell- und Regulierungsrecht sowie für Rekommunalisierung gilt, war in Speyer wissenschaftlicher Mitarbeiter von Universitätsprofessor Dr. Dr. Klaus König, der auch seine Promotion betreute.



Übergabe der Ernennungsurkunde an Dr. Christian Theobald durch den Rektor der Universität Speyer, Univ.-Prof. Dr. Joachim Wieland

Er ist der Autor von über 100 Veröffentlichungen - darunter sechs Monografien - zu energiewirtschaftlichen Fragen. Außer in Speyer nimmt der renommierte Berliner Rechtsanwalt auch Lehraufträge an der TU Berlin und an der Humboldt-Universität Berlin wahr. In der aktuellen rechtswissenschaftlichen Diskussion um die Energiewende und den Netzausbau nimmt er eine zentrale Position ein.

„Bei dem hohen Rang, den die Energiediskussion heute in unserer Gesellschaft einnimmt, erwarten wir von Ihnen noch viele richtungsweisende Beiträge“, schloss Rektor Wieland seine Laudatio.

Bundesverdienstkreuz für Professor Banner

Am 27. August 2012 verlieh die Regierungsvizepräsidentin der Bezirksregierung Köln Ulrike Schwarz dem Speyerer Honorarprofessor Gerhard Banner aus Bad Honnef für sein Lebenswerk in einer Feierstunde das Verdienstkreuz 1. Klasse der Bundesrepublik Deutschland.

Durch sein jahrzehntelanges berufliches und ehrenamtliches Engagement auf den Gebieten der Kommunalpolitik und Kommunalwissenschaft hat Professor Banner herausragende Verdienste für die Bundesrepublik Deutschland und das Allgemeinwohl geleistet.

Seit Beginn der 80er Jahre engagierte sich Professor Banner für eine umfassende Reform der Kommunalverwaltung. Sein Ziel war es, zentrale Verwaltungsstrukturereformen zu schaffen, die angesichts der finanziellen Herausforderungen in den Kommunen u. a. zu einer verantwortungsvollen Haushaltspolitik beitragen.

Er trug ab Beginn der 90er Jahre maßgeblich zur Entwicklung des „Neuen Steuerungsmodells“ bei und warb in unzähligen Vorträgen und Diskussionsbeiträgen für dessen Umsetzung auf kommunaler Ebene. Davon gingen in späterer Folge wesentliche Impulse für die Modernisierung der staatlichen Verwaltung aus. Zudem setzte er sich für eine verstärkte Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in kommunale Planungsprozesse ein. Damit gilt er als „Vater“ von zwei der wichtigsten und umfassendsten Modernisierungskonzepten.

An der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer setzte er sich von 1984 bis 2000 als Honorarprofessor für die grenzüberschreitende Aus- und Weiterbildung von Führungsnachwuchskräften für die

öffentliche Verwaltung ein. In Forschung und Lehre betätigte er sich auf dem Gebiet der Kommunal- und Verwaltungswissenschaften.

Sein wissenschaftliches Werk umfasst mehr als 150 Publikationen in deutscher, englischer und französischer Sprache. Der 1993 von ihm herausgegebene Band „Kommunale Managementkonzepte in Europa“ vermittelte der deutschen Verwaltungspraxis erstmals die bis dahin weitgehend unbekanntem einschlägigen Reformentwicklungen im europäischen Ausland. Nach wie vor unterstützt er Nachwuchswissen-

schaftler und beteiligt sich an Publikationen und Vorträgen.

Der 1932 in Düsseldorf geborene Vater von zwei erwachsenen Kindern studierte an den Universitäten Bonn und Heidelberg Sprachen, Jura und Volkswirtschaftslehre. Im Jahr 1963 legte er die zweite juristische Staatsprüfung ab und arbeitete am Europäischen Gerichtshof in Luxemburg als Juristischer Übersetzer. Anschließend war er als Persönlicher Referent des Oberbürgermeisters der Stadt Heidelberg und des Oberstadtdirektors der Stadt Essen tätig. Von 1968 bis 1976 war Gerhard Banner Beigeordneter für die Allgemeine Verwaltung der Stadt Duisburg. Von 1976 bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1995 stand er der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) in Köln vor.

Unter seiner Leitung entwickelte sich die KGSt zum einflussreichen Fachverband für das Management der Kommunalverwaltung.



Ulrike Schwarz, Regierungsvizepräsidentin der Bezirksregierung Köln, verlieh Honorarprofessor Gerhard Banner das Verdienstkreuz 1. Klasse der Bundesrepublik Deutschland

Foto: Bezirksregierung Köln

Lehrstuhl für Personal, Führung und Entscheidung im öffentlichen Sektor

Zum Sommersemester 2012 übernahm Frau Univ.-Professorin Dr. Michèle Morner an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer den Lehrstuhl für Personal, Führung und Entscheidung im öffentlichen Sektor.



Übergabe der Ernennungsurkunde an Frau Univ.-Prof. Dr. Michèle Morner durch den Rektor der Universität Speyer, Univ.-Prof. Dr. Joachim Wieland
Foto: Uni Speyer

Die aus Hamburg stammende Morner schloss nach dem Abitur ihr Studium an der Ludwig-Maximilians-Universität München im Fach Betriebswirtschaftslehre mit den Schwerpunkten Führung, empirische betriebswirtschaftliche Forschung und Organisationspsychologie im Jahr 1993 mit dem Diplom ab.

Von 1994 bis 1997 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt am Lehrstuhl für Organisation und Personal. Hier promovierte sie 1997 mit „summa cum laude“ zum Dr. rer. pol. In ihrer Dissertation „Organisation der Innovation im Konzern“ thematisierte Prof. Morner den wichtigen Bereich der organisationalen Voraussetzungen und die Einbettung von Innovationen. Parallel zu ihrer Eichstätter Tätigkeit engagierte sich Morner seit 1995 als freiberufliche Dozentin in der Postgraduiertenweiterbildung. Von 1998 bis 2000 war Morner dann wissenschaftliche Assistentin an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt am Lehrstuhl für Organisation und Personal (Univ.-Prof. Dr. Max Ringlstetter), wo sie 1998 ihre Habilitation aufnahm.

Im Jahre 2000 gründete sie die Ynnor Systems GmbH (ausgezeichnet mit dem Gründungspreis der Hamburger Wirtschaftsbehörde), deren geschäfts-

führende Gesellschafterin sie von 2000 bis 2003 war, wodurch sie umfangreiche Führungs- und Personalmanagementenerfahrungen sammeln konnte. Von 2005 bis 2007 war sie dann Stipendiatin der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Zudem war sie 2006 bis 2009 wissenschaftliche Leiterin eines empirischen Forschungsprojektes zum Bereich Organisation an der Universität Hamburg und hatte darüber hinaus von 2007 bis 2008 eine Gastprofessur für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre für Wirtschaftsingenieure und Wirtschaftsinformatiker an der Universität Hamburg inne.

Im März 2008 erhielt Prof. Morner die Venia Legendi im Fach Betriebswirtschaftslehre an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Ihre Habilitationsschrift zum Thema „Neue Formen der Organisation durch IT. Eine Analyse am Beispiel von Open-Source-Software-Projekten“ beleuchtet die Entstehung neuer Organisations- und Governance-Formen durch Innovationen im Informations- und Kommunikationsbereich. Die quantitativ empirische Studie am Beispiel von Open Source untersucht den Einfluß der IT auf die Entstehung neuer Organisations- und Governance-Formen.

Noch im Jahr 2008 vertrat Prof. Morner dann den Lehrstuhl für Organisation der Universität Duisburg-Essen, bis sie im gleichen Jahr den Reinhard-Mohn-Stiftungslehrstuhl für Unternehmensführung, Wirtschaftsethik und gesellschaftlichen Wandel an der Universität Witten/Herdecke übernahm. Seit Februar 2010 nahm sie dort auch die Funktion der geschäftsführenden Direktorin des Reinhard-Mohn-Instituts für Unternehmensführung und Corporate Governance wahr.

Prof. Morner ist Autorin von zwei umfangreichen Monographien und Mitautorin (mit Prof. Dr. J. Frost) des Werkes „Konzernmanagement“. Darüber hinaus verfasste sie zahlreiche Publikationen in renommierten Journals und verfügt über Herausgeberwerke zu den Themengebieten Führung, Personal und Organisation. Besonders hervorzuheben sind ihre Arbeiten zu Führung und Governance im organisationalen Kontext.

Im Bereich der Lehre verfügt Prof. Morner über sehr vielfältige und fundierte Erfahrungen an mehreren Universitäten. 2010 wurde sie mit dem Peter-Bartholmes-Teaching Award ausgezeichnet.

Magisterfeier mit Verleihung des Preises der Hochschulvereinigung



Auch der Nachwuchs freute sich, als der Rektor, Univ.-Prof. Dr. Joachim Wieland, die Urkunden überreichte

Fotos: Uni Speyer

Am 27. April 2012 überreichte der Rektor der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Univ.-Prof. Dr. Joachim Wieland, 29 der 44 erfolgreichen Ab-

solventinnen und Absolventen des einjährigen Aufbaustudiums zum Magister der Verwaltungswissenschaften des Jahrgangs 2011/12 nach bestandener Abschlussprü-

fung im feierlichen Rahmen ihre Urkunden.

Darunter befanden sich sieben ausländische Hörerinnen und Hörer aus Kasachstan,

Die Universität gratuliert allen Absolventinnen und Absolventen:

Gulmira Aubakirova,
Matthias Augat,
Mirzhan Baimakhanov,
Hans Georg Bauer,
Mathias Blome,
Christian Budde,
Paul Degenkolbe,
Sebastian Dorn,
Dr. Christian Dusch,
David Epp,
Moritz Feier,
Christine Feltes,
Max Fichtner,
Stefan Friedrich,
Tilman Graf,

Friederike Greeb,
Stephanie Hild,
Bettina John-Willeke,
Matthias Kaufmann,
Johanna Knapp,
Lena Kristin Köpke,
Matthias Leowardi,
Dominik Limbach,
Claus Lüdenbach,
Magnus Maier,
Desirée Manz,
Anjanette Michailow,
Sascha Mohr,
Raiko Pangalov,
Andreas Reinwand,

Vanessa Rieger,
Olivier M. Rimlinger,
Tobias Ritter,
Inga Schimansky,
Christian Schwab,
Almagul Sharipova,
Matthias Strunk,
Steffi Thiele,
Kiril Trendafilov,
Katja Vierath,
Mischa Waldherr,
Anne Weihermann,
Helena Wenninger,
Fitria Zalyus,
Ilya Zarrouk.

Kirgisien, Frankreich, Bulgarien und Indonesien.

Mit diesem 36. Jahrgang haben damit seit 1976 1458 Hörerinnen und Hörer diesen Studiengang erfolgreich abgeschlossen und den akademischen Grad einer Magistra oder eines Magisters rerum publicarum erhalten.

Auch in diesem Jahr konnte der Rektor für die Jahrgangsbesten Preise vergeben. Der mit 500 Euro dotierte Preis der Vereinigung der Freunde und Förderer der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer ging in diesem Jahr zusammen mit einem Buchpreis des Rektors an Matthias Leowardi

als besten Absolventen des Prüfungsdurchganges.

Leowardi hatte sich in seinem Aufbaustudium in den Bereichen Öffentliche Aufgaben und Öffentliches Management spezialisiert. Buchpreise des Rektors erhielten darüber hinaus Jens Augat und Bettina John-Willeke.

DAAD-Preis für Almagul Sharipova aus Kasachstan

Für die Leiterin des Akademischen Auslandsamtes, Frau Dr. Laure Ognois, war es eine große Freude, im Rahmen der Magisterfeier am Abend des 27. April 2012 den mit 1000 Euro dotierten Preis des Deutschen Akademischen Austauschdienstes an Frau Almagul Sharipova aus Kasachstan vergeben zu dürfen.



Frau Dr. Laure Ognois (r.) bei der Preisübergabe Foto: Uni Speyer

Die Preisträgerin hatte bereits in ihrem Heimatland an der Universität Pawlodar ein Bachelor-Studium in Germanistik und Englisch sowie in Deutschland an der Universität Erfurt das Masterprogramm „Public Policy“ abgeschlossen, bevor sie als Stipendiatin der Regierung Kasachstans zur Absolvierung des Masterstudiums an die Universität Speyer entsandt wurde. Hier konzentrierte sie sich auf die Studienschwerpunkte „Staat und Wirtschaft“ sowie „Europa und Internationales“, absolvierte ihr Verwaltungspraktikum beim Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft in Berlin und konnte mit ihrer Masterarbeit thematisch an das Thema „Umweltnutzung“ anknüpfen.

das interkulturelle Engagement von Frau Sharipova, das sie vor allem im Vorfeld und

im Rahmen eines Kasachstan-Abends bewiesen hat, sondern gleichermaßen ihre herausragenden akademischen Leistungen während des Aufbaustudiums sowie in der Magisterprüfung. Sie schrieb die zweitbeste Masterarbeit des gesamten Jahrgangs. Darüber hinaus geht es darum, innerhalb der Hochschule, aber

auch in einer breiteren Öffentlichkeit ein Bewusstsein dafür zu schaffen, welche große Bereicherung ausländische Studierende für die deutsche Hochschullandschaft sowohl in wissenschaftlicher als auch in kultureller Hinsicht darstellen.

Frau Sharipova ihrerseits wird, so hoffen wir, ein positives Deutschlandbild nach Kasachstan getragen haben und auch in Zukunft die enge Verbindung zu ihrer Speyerer Alma Mater pflegen.

Gabi Gerhardt

Der DAAD und die Universität Speyer ehren mit der Vergabe des DAAD-Preises nicht nur

M.P.A. Wissenschaftsmanagement erfolgreich gestartet

Mit einer feierlichen Eröffnung durch Staatssekretär Walter Schumacher (Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz) startete am 16. April 2012 für 29 Studierende der neue Masterstudiengang „M.P.A. Wissenschaftsmanagement“ an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer. Der Staatssekretär widmete nach Grußworten des Rektors der Universität Speyer, Univ.-Prof. Dr. Joachim Wieland, von Prof. Dr. Schmoch und des Geschäftsführenden Vorstands des ZWM Professor Dr. Reinhard Grundwald seine Eröffnungsrede der „Bedeutung berufsbegleitender Studiengänge“ in einer durch lebenslanges Lernen geprägten Zeit. Dem speziellen Gegenstand des neuen Masterstudienganges wandte sich Gastrednerin Frau Univ.-Professorin Dr. Heinke Rübken (Universität Oldenburg) in ihrem Festvortrag zum Thema „Management für die Wissenschaft?“ zu. Für die neuen Studierenden des Masterstudiengangs bot der sich an die Veranstaltung anschließende Empfang eine erste Gelegenheit sich mit Dozentinnen und Dozenten auszutauschen und die durch den Studiengang ausdrücklich avisierte Netzwerkbildung zu initiieren.

Die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer hat den M.P.A.-Studiengang „Wissenschaftsmanagement“ gemeinsam mit dem Zentrum für Wissenschaftsmanagement (ZWM) auf der Grundlage des bisherigen Weiterbildungsstudiums Wissenschaftsmanagement entwickelt. Organisatorisch stellt der neue Studiengang als erster berufsbegleitender Postgraduiertenstudiengang in Speyer für die Universität ein Novum dar. Mit diesem Studienangebot reagierte die Universität auf die wachsende Nachfrage nach einem umfassenden Weiterbildungsprogramm für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Hochschulen und in Wissenschaftseinrichtungen, die sich mit immer neuen Anforderungen und Aufgabenbereichen auseinandersetzen müssen.

Die veränderte Situation ist u. a. auf neue Formen der Organisation, Finanzierung und Förderung wissenschaftlicher Einrichtungen, neue Aufgabenbereiche in der Hochschulverwaltung wie bspw. Qualitäts- und Forschungsmanagement, die zunehmende Internationalisierung und die

größere Bedeutung des Wissens- und Technologietransfers zurückzuführen. Dadurch stehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor immer schwierigeren Entscheidungen und brauchen strategisches Entscheidungsvermögen und Querschnittskompetenzen. Das Studienprogramm soll die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter daher in die Lage versetzen, umfassende Kenntnisse im Umgang mit den neuen Instrumenten des Wissenschaftsmanagements und aktuellen Rahmenbedingungen des Wissenschaftssystems zu erlangen und ihre eigenen Kompetenzen weiterzuentwickeln.

Der Studiengang ist interdisziplinär ausgerichtet, weil die komplexe Thematik seines Gegenstands nicht einem einzigen Fach zuzuordnen ist. Um zu zeigen, wie theoretisches Wissen im beruflichen Alltag umgesetzt werden kann, basiert das Curriculum des Studiengangs auf einem Tandem-Prinzip, bei dem sowohl renommierte Wissenschaftler als auch erfahrende Führungskräfte aus Wissenschaftseinrichtungen gemeinsam lehren. Mit seiner breiten fachlichen Ausrichtung, der engen Verbindung zwischen Theorie und Praxis und der berufsbegleitenden Orientierung ist der M.P.A. Wissenschaftsmanagement einzigartig in Deutschland. Das modular organisierte Curriculum des Masterstudiengangs Wissenschaftsmanagement bietet somit eine Kombination aus akademischer und berufspraktischer Lehre.

Den Kern des „Speyerer Studiengangs“ Wissenschaftsmanagement bilden zunächst vier Basismodule, die einen grundlegenden Überblick vermitteln über die historischen, rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen im Wissenschaftssektor sowie die Grundprinzipien und Instrumente der Steuerung und des Managements von Wissenschaftseinrichtungen. Vier Managementmodule konzentrieren sich dann auf den Erwerb zentraler Managementkompetenzen wie Finanz- und Kostenmanagement, Personalführung und Organisationsentwicklung sowie Kommunikation.

Im dritten Studiensemester können die Studierenden abgestimmt auf ihr Berufsfeld persönliche Interessen verfolgen und eigene Schwerpunkte setzen. Sie können hierzu zwei von vier Vertie-

fungsmodule auswählen. Im abschließenden Transfermodul entwickeln Studierende Lösungen für ein Problem aus der Praxis oder wenden ihr erworbenes Managementwissen auf die konkrete Situation in einer Wissenschaftseinrichtung an und erarbeiten Lösungs- und Optimierungsvorschläge. In diesem Modul ist eine zweiwöchige Hospitation in einer wissenschaftlichen Einrichtung im In- oder Ausland vorgesehen, bevor das Studium mit der Masterthesis abschließt.

Für die wissenschaftliche Leitung des Studiengangs konnte Professor Dr. Ulrich Schmoch gewonnen werden, der im Bereich Wissenschaftsmanagement besonders ausgewiesen ist.

Sein Studium des Maschinenbaus und der Sozialwissenschaften an den Universitäten Hannover und Grenoble schloss Schmoch 1977 als Dipl.-Ing. und 1983 als Dr. phil. an der Universität Hannover ab. Von 1978 bis 1983 arbeitete er als Berechnungsingenieur am Institut für Strömungsmaschinen der Universität Hannover, bevor er 1983 Patentsachbearbeiter in einem Patentanwaltsbüro wurde. 1996 übernahm er eine Projektleiterstelle am Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung ISI, wo er 1991 die Funktion eines stellvertretenden Abteilungsleiters und von 2002 bis 2004 die des Leiters der Abteilung Technikbewertung und Innovationsstrategien ausübte.

Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen insbesondere die Bereiche Wissenschaftsforschung, Forschungsperformanz, Wissens- und Technologietransfer, Scientometrics und Bibliometrie sowie Gewerbliche Schutzrechte, Wissenschafts- und Technikindikatoren, Technikvorausschau, Forschungsplanung, Innovationsmodelle.

Als weitere Lehrende wirken an dem Studienprogramm unter anderem mit: der frühere Generalsekretär der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und geschäftsführender Vorstand des Zentrums für Wissenschaftsmanagement e. V. (ZWM)

Prof. Dr. Reinhard Grunwald, der frühere Kanzler der Technischen Universität Darmstadt Prof. Dr. Hanns Seidler (ebenfalls geschäftsführender Vorstand des ZWM), der Prorektor der Universität Speyer Univ.-Prof. Dr. Stefan Fisch, Univ.-Prof. Dr. Dorothea Jansen (Universität Speyer), Dr. Gabriele Althoff (Leiterin der internationalen Akademie des Deutschen Akademischen Austauschdienstes - iDA), der frühere Generalsekretär des Deutschen Akademischen Austauschdienstes Dr. Christian Bode, der



Prof. Dr. Ulrich Schmoch
Foto: Uni-Speyer

Module des Studiengangs:

- Basismodul I: Wissenschaftssystem und Wissenschaftsmanagement - Grundlagen, Institutionen, Handlungsfelder und Herausforderungen
- Basismodul II: Historische Entwicklungen und rechtliche Rahmenbedingungen des Wissenschaftssystems
- Basismodul III: Management und Controlling in Wissenschaftseinrichtungen
- Basismodul IV: Empirische Methodik im Wissenschaftsmanagement
- Managementmodul I: Finanzen und Kostenmanagement
- Managementmodul II: Führung und Zusammenarbeit in Wissenschaftsorganisationen
- Managementmodul III: Soziale Kompetenzen
- Managementmodul IV: Personal und Organisation
- Vertiefungsmodul I: Evaluation und Qualitätsmanagement
- Vertiefungsmodul II: Forschungsförderung
- Vertiefungsmodul III: Innovation und Transfer
- Vertiefungsmodul IV: Internationalisierung
- Transferprojekt
- Master-Thesis

frühere Kanzler der Universitäten Karlsruhe und Mannheim Dr. Dietmar Ertmann, Univ.-Prof. Dr. phil. Rudolf Fisch (Universität Speyer), der Kanzler der Universität Ulm Dieter Kaufmann, Prof. Dr. Georg Krücken (Universität Kassel), Univ.-Prof. Dr. Michèle Morner (Universität Speyer), der Vorstand Personal und Recht der Zentrale der Fraunhofer Gesellschaft Dr. Alexander Kurz und der Leiter der Gruppe „Personal, Recht, Organisation“ der Deutschen Forschungsgemeinschaft Wolfgang Foit (DFG).

Modulzertifikat Internationalisierung



In Zusammenarbeit mit der internationalen DAAD-Akademie (iDA) bietet die Universität Speyer das Modulzertifikat Internationalisierung an. Dieses Zertifikat ist ein Hochschulzertifikat, das Kompetenzen für die Entwicklung von strategischen Vorgaben und die Begleitung von Internationalisierungsprozessen sowie vertiefte Kenntnisse von Hintergründen und Zielen der Internationalisierung von Wissenschaft und Forschung bescheinigt. Das Modulzertifikat ist ein eigenständiges Zertifikat, das als Vertiefungsmodul im Masterstudiengang Wissenschaftsmanagement anerkannt werden kann.

Nach der Belegung von drei iDA-Seminaren bewerben sich die Bewerberinnen und Bewerber in einem eigenständigen Verfahren

beim DAAD für das Modulzertifikat. iDA prüft die Anträge und leitet die relevanten Daten der iDA-Weiterbildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer, die das Speyerer Modulzertifikat erwerben wollen, an die Universität Speyer weiter, die dann über die Zulassung zur Modulprüfung entscheidet. Nach Anmeldung und Zulassung für die Modulprüfung erhalten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dann einen persönlichen Zugang zur Online-Lernplattform LMS Olat für das Speyerer Vertiefungsmodul Internationalisierung. Hier können sämtliche Unterlagen des Speyerer Moduls eingesehen sowie Kontakt mit den Lehrenden des Moduls und den Studierenden des Masterstudiengangs Wissenschaftsmanagement aufgenommen werden. Beratung bezüglich des Modulzertifikats erfolgt vor der Anmeldung zum Modulzertifikat durch den DAAD

und nach Zulassung zur Modulprüfung durch die Universität Speyer. Die Korrektur der Modulprüfung erfolgt in der Regel gemäß dem Tandem-Prinzip in der Lehre des Speyerer M.P.A. Wissenschaftsmanagement.

Ziel des Zertifikatsprogramms ist die Vermittlung der zentralen Dimensionen der Internationalisierung von Wissenschaft, Wissenschafts- und Hochschuleinrichtungen sowie empirische Diagnosen, die Vorstellung von Formen und Institutionen der Förderung, Finanzierung und Analyse von Internationalisierungsprozessen sowie die Verdeutlichung der rechtlich-finanziellen sowie institutionellen Rahmenbedingungen von Partnerschaften mit anderen Wissenschaftseinrichtungen im Ausland. Weitere Informationen hierzu unter <http://www.daad-akademie.de/modulzertifikat-internationalisierung/>.

Zertifikat EU-Referent/in Forschung in Zusammenarbeit mit dem EU-Büro des Bundesministeriums für Bildung und Forschung



Die Universität Speyer wertet es als großen Erfolg, dass bereits für den ersten Durchgang des M.P.A. Wissenschaftsmanagements das EU-Büro des Bundesministeriums für Bildung und Forschung für eine Partnerschaft gewonnen werden konnte.

Im Rahmen des Weiterbildungsangebots des EU-Büros „Zertifikat EU-Referent/in Forschung“ besteht für dessen Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Möglichkeit, die Module Wissenschaftssystem und Wissenschaftsmanagement, Innovation und Wissenstransfer, Internationalisierung sowie Soft-Skill-Kurse in Gesprächsführung und Moderation und Konfliktmanagement an der Universität Speyer

zu belegen und damit ihre Weiterbildung durch fachwissenschaftliche Module jenseits der EU-Forschungsförderung zu ergänzen.

Ziel der iDA Weiterbildung ist die Schaffung eines Berufsbilds EU-Referentinnen und -Referenten insbesondere durch die Verbesserung des Standings der EU-Referent/innen gegenüber der Leitung ihrer Hochschule bzw. Forschungseinrichtung.

Ebenfalls avisiert ist die Entwicklung einer kohärenten Beratungslandschaft mit exzellenten Dienstleistungen für Antragsteller/innen und Projektdurchführende mit dem Ziel der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Einrichtungen und damit der Stärkung der deutschen Beteiligung an EU-Projekten.

Nach dem Erwerb von 24 ECTS-Punkten verleiht die Universität Speyer ein Zertifikat zum Abschluss der Weiterbildung.

Semesterstart



Das Sommersemester 2012 startete am 2. Mai 2012 nach Abschluss der Einschreibeformalitäten mit der traditionellen Semesterantrittsversammlung, in der der Rektor der Universität, Univ.-Prof. Dr. Wieland, und Dr. Strohm die neuen Studierenden begrüßten und wichtige Hinweise für den Beginn und den Ablauf des Semesters gaben.

Insgesamt hatten sich 315 Hörerinnen und Hörer eingeschrieben. 193 von ihnen waren von den Ländern entsandte Referendarinnen und Referendare, die im Rahmen ihres Referendariats ihre Verwaltungs-, Anwalts- oder Wahlstation an der Speyerer Universität absolvierten. 29 Hörerinnen und Hörer waren im verwaltungswissenschaftlichen Aufbaustudium eingeschrieben, acht in den Masterstudiengängen Administrative Sciences und Öffentliche Wirtschaft, sowie 29 in dem neu gestarteten M.P.A.-Studiengang Wissenschaftsmanagement.

Noch am Morgen des 2. Mai fanden dann die Wahl der Senatsvertreter der Hörerinnen und Hörer sowie die Wahlen für die einzelnen Fachreferate der Hörschaft statt, bevor am Nachmittag in der traditionellen Orientierungsphase die Gelegenheit bestand, sich einen Überblick über die Dozentinnen und Dozenten und das Lehrangebot der Universität zu verschaffen.

Senatswahlen am 2. Mai 2012:

Zu Senatsmitgliedern für die Gruppe der Hörerinnen und Hörer wurden bei einer Wahlbeteiligung von 58,48 % gewählt:

Afia Adjei
Christina Rostek.

Zu deren Stellvertretern wurden gewählt:

Falk Zscheile
André Stelzer
David Bergius.

In den Funktionen der Hörschaft wurden gewählt:

Hörersprecher:
Sebastian Beining

Stellv. Hörersprecherin:
Anousheh Asadi

Finanz-Referent:
Martin Dietz

Stellv. Finanz-Referent:
Stefan Mannchen

Kultur-Referentin:
Karen Leppien

Stellv. Kultur-Referentin:
Aleksandra Bednarz-Kuhn

Feten-Referent: Fabian Hering

Stellv. Feten-Referent: Calle Plantiko

EDV-Referent: Falk Zscheile

Stellv. EDV-Referentin: Sabine Müller

Sport-Referent: Bastian Wick

Stellv. Sport-Referent: Alexander Heike

Medien-Referentin: Anna Kane

Stellv. Medien-Referentin: Charlotte Klostermann

Alumni-Referentin: Anna Müller

Stellv. Alumni-Referent: Johannes Sauter

Integrations-Referent: Malcolm Tiffin-Richards

Stellv. Integr.-Referentin: Simon Kanwischer

Umwelt-Referent: Alexander Herrmans

Stellv. Umwelt-Referent: Sebastian Schmitt

Ball-Referentin: Diotima Pohl

Stellv. Ball-Referentin: Lisa Kruse

Aufbau-Referentin: Mirjam Kopp

Stellv. Aufbau-Referenten: Myriam Schmöe und Sascha Adam

Kassenprüfer: Jonas Baier und David Mattern.



Sebastian Beining

Fotos: Uni Speyer

Studierende aus Georgien in der öffentlichen Verwaltung in Deutschland

Im Juli und August 2012 waren fünf Studierende der Ivane Javakhishvili Staatsuniversität Tiflis (TSU) in verschiedenen Institutionen der öffentlichen Verwaltung in Deutschland tätig. Das zweimonatige Praktikum ist Bestandteil – und nach Aussagen der Studierenden ein besonderes Highlight – des zweijährigen Masterprogramms „Public Administration“, das die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer gemeinsam mit der TSU und der Förderung durch die VolkswagenStiftung in Georgien anbietet.

Im ersten Studienjahr absolvierten die Studierenden bereits ein Praktikum in verschiedenen Ministerien in Georgien. Im Rahmen des zweiten Praktikums, das in einem EU-Land vorgesehen ist, haben sich dieses Jahr alle Studierende für ein Praktikum in dem Land der Partneruniversität entschieden. Praktikumsgeber sind das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie in Berlin, der Bundesrechnungshof in Bonn, das Verwaltungsgericht in Weimar, das Potsdam eGovernment Competence Center und das akademische Auslandsamt der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer.

Die Studierenden haben in den zwei Monaten viel über die Struktur, Arbeitsweise und auch die



Teilnehmer des Manager Training Program vor dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie in Berlin
Foto: Lia Khathiashvili

Perspektive von deutscher Seite z. B. auf Projekte der EU und andere internationale Vorhaben gelernt. Die gesammelten Erfahrungen sowie die Kontakte und das damit verbundene Netzwerk, das sie sich im Rahmen des Praktikums aufgebaut haben, werden sich nach Angaben der Studierenden auch sehr positiv auf ihre berufliche Zukunft in Georgien auswirken.

Wissenschaftliche Koordinatoren des Masterstudiengangs sind Herr Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Karl-Peter Sommermann auf deutscher Seite und auf georgischer Seite Herr Prof. Dr. Irakli Burduli, Dekan der Juristischen Fakultät der Ivane Javakhishvili Staatsuniversität Tiflis (TSU).

Herausforderungen für Regionen - Demographischer Wandel, Regionalentwicklung und interkommunale Kooperation

Im Rahmen der von Frau Univ.-Prof. Dr. Dorothea Jansen geleiteten Lehrveranstaltungen fanden im vergangenen Sommersemester verschiedene Gastvorträge statt. Im Seminar „Herausforderungen für Regionen - Demographischer Wandel, Regionalentwicklung und interkommunale Kooperation“ hielt am 06. Juni 2012 der Demographiebeauftragte der Stadt Bensheim, Herr Markus Foltin, einen Gastvortrag. Das Thema seines Vortrags lautete: „Einblick in die Aufgabenfelder des Demographiebeauftragten der Stadt Bensheim“. Nach ein



Univ.-Prof. Dr. Dorothea Jansen (Uni Speyer) und Markus Foltin (Demographiebeauftragter der Stadt Bensheim)
Foto: Uni Speyer

paar einführenden Worten über die Stadt Bensheim, zeigte Herr Foltin anhand einiger Beispiele aus dem Alltag einer Kommune auf, welche Relevanz der demographische Wandel für die Städte und Kommunen haben wird bzw. bereits hat. So hat sich bereits in den vergangenen 60 Jahren der Anteil der über 65-jährigen in Bensheim mehr als verdoppelt. Innerhalb der kommenden 20 Jahre wird der Anteil der Älteren nochmals um 50 % steigen. Aufgabe des Demographiebeauftragten ist es deshalb, neben einer möglichst zuverlässigen Bevölkerungsprog-

nose, auch Maßnahmen zu entwickeln, welche die Kommune bereits jetzt auf den demographischen Wandel vorbereitet. Herr Foltin stellte ein Projektbeispiel aus Bensheim vor, das vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung gefördert wird und bauliche Umbaumaßnahmen für ein altersgerechtes Wohnen zum Inhalt hat. Neben den

Vorteilen für die Betroffenen hat dies auch positive Folgen für die kleinen und mittelständischen Unternehmen vor Ort. Herr Foltin merkte abschließend an, dass man den demographischen Wandel nicht aufhalten, aber ihm begegnen kann, indem man die Chancen, die er für die Bevölkerung, aber auch die Wirtschaft einer Kommune bietet, nutzt.

Legitimation und Partizipation in der modernen Demokratie

Auch in dem von Frau Univ.-Prof. Dr. Dorothea Jansen geleiteten Kolloquium „Legitimation und Partizipation in der modernen Demokratie“ fand ein Gastvortrag statt.



Dr. Elisabeth Musch
Foto: Uni Speyer

Gastreferentin am 17. Juli 2012 war Frau Dr. Elisabeth Musch, Forschungsreferentin des am

Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer (FÖV) angesiedelten Instituts für Gesetzesfolgenabschätzung und Evaluation Speyer (InGFA; Leitung: Univ.-Prof. Dr. Jan Ziechow). Das im Frühjahr 2009 gegründete InGFA ist die erste wissenschaftliche - und damit unabhängige - Einrichtung für Gesetzesfolgenabschätzung und Evaluation in Deutschland. Frau Dr. Musch referierte zum Thema „Chancen und Grenzen der Gesetzesfolgenabschätzung. Begriff und Praxis am Beispiel des IFG Bund“. Nach verschiedenen einleitenden Bemerkungen zur Entwicklung und zum Stand der Gesetzesfolgenabschätzung in Deutschland und deren Rolle im politischen Prozess und einer

kurzen Vorstellung über Aufgaben und Ziele des InGFA, stellte Frau Dr. Musch ein aktuelles

Projekt des Instituts vor. Der Innenausschuss des Deutschen Bundestages beauftragte dabei das InGFA mit der „Evaluation des Gesetzes zur Regelung des Zugangs zu Informationen des Bundes - Informationsfreiheitsgesetz des Bundes (IFG)“. Neben einer rechtswissenschaftlichen Analyse führten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter u. a. auch Befragungen von Bundesbehörden und IFG-Antragstellern durch. Die Zuhörerinnen und Zuhörer konnten durch den Vortrag einen Einblick erhalten, wie Gesetzesfolgenabschätzung in der Praxis aussehen kann, sowie welche Möglichkeiten, aber auch welche Grenzen Gesetzesfolgenabschätzung hat. Neben einem möglichen Beitrag der GFA zu „Good Governance“ im Sinne einer Offenheit und Transparenz im Rechtssetzungsprozess, der Förderung von Kohärenz, Effektivität und Effizienz, steht die GFA jedoch immer dann vor Problemen, wenn die politischen Ziele kontrovers sind oder wenn sich der politische Wille Reform- und/oder Verwaltungsblockaden gegenüber sieht.

Am 24. Juli 2012 fand ein zweiter Gastvortrag im Kolloquium von Frau Prof. Jansen statt. Der Referent, Dr. Marc Mölders (FG Techniksoziologie, TU Dortmund) sprach zum Thema „Lernendes Recht. Funktionen und Folgen prospektiver GFA aus soziologischer Perspektive“. Aufbauend auf dem Vortrag von Frau Dr. Musch in der Vorwoche beschäf-

tigte sich der Vortrag von Herrn Dr. Mölders mit der Frage, ob und wenn ja, wie das „Recht“ lernen kann. Denn aus Sicht des Referenten steht das „Recht“



Dr. Marc Mölders
Foto: Uni Speyer

dem Lernen ambivalent gegenüber. Einerseits wirken Recht und Gesetze konflikt-schlichtend und bieten der Gesellschaft so stabile Verhaltenserwartungen. Andererseits muss das Recht mit dem sozialen, technischen und kulturellen Wandel von Gesellschaften schritthalten. Als modernes Beispiel dieses „cultural lags“, bei dem das Recht dem gesellschaftlichen Wandel „hinterherhinkt“, ist zuallererst das Internetrecht zu nennen. Als Beispiel für das lernende Recht referierte Herr Dr. Mölders anschließend über die prospektive Gesetzesfolgenabschätzung. Insbesondere im Umweltrecht zeigt sich der Spagat, den die prospektive Gesetzesfolgenabschätzung leisten muss; einerseits Dinge vorzusehen, die nicht voraussehbar sind und unter Umständen die Entscheidungsgrundlage komplett verändert (z. B. der Atomunfall in Fukushima). Andererseits in Bereichen Entscheidungen treffen zu müssen, in der spezifisches Expertenwissen und Restrisiken in Form von unspezifischem Nichtwissen aufeinandertreffen.



„Sag niemals nie“ – Politische Einstellungen, politische Partizipation und Parteien im Wandel

Im Rahmen des von Dr. Daniel Rölle und Dr. Andrej Stuchlik geleiteten Kolloquiums „Sag niemals nie – Politische Einstellungen, politische Partizipation und Parteien im Wandel“ fand am 18. Juli 2012 ein Gastvortrag statt. Gastreferent war Michael Hilberer, Fraktionsvorsitzender der Piratenpartei im saarländischen Landtag, der zum Thema „Der Staat als neutrale Plattform“ vortrug. Herr Hilberer referierte vor den Zuhörern im voll besetzten Vortragssaal im Gästehaus Otto Mayer zunächst zu zentralen Inhalten der Programmatik der Piratenpartei. Das Parteiprogramm der Piraten befindet sich zurzeit in der Überarbeitung durch alle Parteimitglieder, die im Sinne der „Liquid Democracy“ direkt an der Formulierung der Programminhalte online mitarbeiten können. Herr Hilberer räumte ein, dass die Piratenpartei anfangs die Situation am „Parteienmarkt“ möglicherweise nicht richtig eingeschätzt hat. Die Konzentration auf wenige Politikfelder und die Vorstellung, sich

von den anderen Parteien bewusst durch möglichst „ideologiefreie Politik“ abzugrenzen, stößt bei den meisten Wählern auf wenig Verständnis. Die Partei müsse sich stattdessen zu allen relevanten Themen, wie der Wirtschafts-, Sozial- und Innenpolitik ebenso positionieren, wie auch zu Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik. Die anschließende Diskussion konzentrierte sich dann wieder auf zentrale Themen der Piratenpartei, wie etwa das Urheberrecht, Bürgerbeteiligung oder Grundeinkommen. Alles in allem konnten die zahlreichen Zuhörer interessante Einblicke in das Innenleben einer Fraktion erhalten, die sich nach dem ersten Einzug ins saarländische Landesparlament, organisatorisch und politisch zunächst „einleben“ muss.



Michael Hilberer

Foto: Uni Speyer

Summer Studies - SPEA in SPEYER 2012

Im Sommersemester 2012 fand unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Eberhard Bohne, Prof. Dr. Sergio Fernandez und Prof. Dr. William Resh ein neuer Durchgang des in Zusammenarbeit mit der renommierten School of Public and Environmental Affairs der Indiana University (Bloomington/USA) durchgeführten Programms „Summer Studies SPEA in SPEYER“ statt, an dem neben amerikanischen, russischen und georgischen Gaststudierenden auch zahlreiche Hörerinnen und Hörer der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer teilnahmen. Für eine erfolgreiche Teilnahme an den fünf angebotenen Seminaren wurde ein besonderes Zertifikat verliehen.

Im Einzelnen wurden folgende Seminare angeboten:

- A comparative perspective on public administration in the EU, Germany and the US (Univ.-Prof. Dr. Eberhard Bohne, Prof. Sergio Fernandez & Prof. William G. Resh)
- European economic integration (Univ.-Prof. Dr. Andreas Knorr)
- Policy-making in the European Union and its effects on member states (Dr. Andrej Stuchlik)
- Local government and administrative modernization from a comparative perspective (Univ.-Prof. Dr. Sabine Kuhlmann & Dr. Tim Jäkel)

- Environmental policy and trade in the WTO (Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Weiß).

Neben der intensiven Auseinandersetzung mit Fragen aus den Bereichen Public Management, Europäische Integration, Verwaltungsmodernisierung und Local Government, Politikgestaltung, Umweltpolitik und Welthandel stand auch in diesem Sommer das gegenseitige Kennenlernen der deutschen, der US-amerikanischen und der anderen internationalen Verwaltungsnachwuchskräfte im Mittelpunkt des Programms.



Die SPEA-Teilnehmer am Heidelberger Schloss

Foto: Uni Speyer



Gruppenfoto der SPEA-Teilnehmer mit dem Bundesverfassungsrichter Prof. Dr. Andreas L. Paulus
Fotos: Uni Speyer



Besuch des Europäischen Parlamentes in Straßburg

Exkursionen an das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, zum Europäischen Parlament und Europarat in Straßburg, zum Mercedes Benz-Werk in Rastatt und die Schloss- und Stadttour in Heidelberg rundeten das sechswöchige Besuchsprogramm ab und vermittelten den Gästen aus Übersee und Osteuropa einen nachhaltigen Eindruck von Deutschland und Europa und den Besonderheiten von den verschiedenen Verwaltungssystemen.

verwaltungswissenschaftlichen Fragestellungen.

Die Grundsatzreferate zum Generalthema der Konferenz hielten der Präsident des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften, Professor Pan Suk Kim (Süd-Korea) und der Dean der SPEA, John Graham. Ein festliches Abendessen im Hambacher Schloss, bei dem der Prorektor der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Univ.-Prof. Dr. Stefan Fisch, einen Festvortrag über das Hambacher

Am 19. und 20. Juli 2012 veranstaltete das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer in Kooperation mit der School of Public and Environmental Affairs eine internationale Konferenz an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer zum Thema „Converging and Conflicting Trends in the Public Administration of the US, Europe, and Germany“.

Diese Konferenz stellte den bisherigen Höhepunkt der wachsenden Kooperation zwischen dem Forschungsinstitut, der Universität Speyer und der SPEA in den Bereichen Forschung und Lehre dar. Etwa 100 führende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der EU, den USA, Russland, Israel und Südkorea folgten in 16 Diskussionsforen rund 50 Fachvorträgen zu verschiedenen hochaktuellen

Festvortrag über das Hambacher Fest im Jahre 1832 und das Verhältnis der damaligen und heutigen Protestbewegungen in Europa hielt, ergänzte das Konferenzprogramm.

Die Konferenz, zu der ein Tagungsband erscheinen soll, schloss mit einer Podiumsdiskussion zwischen international bekannten Politik- und Verwaltungswissenschaftlern.



Podium der Internationalen Konferenz

Deutsch-französischer Studientag 2012 ENA/Universität Speyer



Die Teilnehmer des gemeinsamen Studientages der Universität Speyer und der ENA

Foto: Uni-Speyer

Mehr als 180 Hörerinnen und Hörer der Universität Speyer und der französischen Ecole Nationale d'Administration (ENA) in Straßburg trafen sich zum bereits 16. gemeinsamen deutsch-französischen Studientag in Straßburg. Der Studientag wurde vom Akademischen Auslandsamt der Universität (Dr. Laure Ognois) in Kooperation mit dem Lehrstuhl für Öffentliches Recht, insbesondere deutsches und europäisches Verwaltungsrecht (Herr Univ.-Prof. Dr. Stelkens) und dem Lehrstuhl für Vergleichende Verwaltungswissenschaft, insbesondere Verwaltung in Europa (Frau Univ.-Prof. Dr. Kuhlmann) auf Speyerer Seite organisiert. Auch Herr Tribolet, französischer Generalkonsul in Frankfurt, Frau Dr. Fourcaud, Hochschulattachée der französischen Botschaft sowie ihr Nachfolger, Herr Buscot, nahmen als Gäste am deutsch-französischen Studientag 2012 teil.

Hochkarätige Experten aus Deutschland und Frankreich boten den HörerInnen und Elèves die Möglichkeit, aktuelle europapolitische Themen zu analysieren und in einem interkulturellen Vergleich die unterschiedlichen Herangehensweisen bei Problemlösungen hautnah zu erfahren.

Nach einem Grußwort von Univ.-Prof. Dr. Kovar (ENA), Dr. Larat (ENA) und Univ.-Prof.

Dr. Kuhlmann (Uni Speyer) übernahm Jean-Paul Jacque, Generaldirektor a. D. beim Rat der Europäischen Union, die Key-note speech zum Thema „Two-speed Europe?“.

Anschließend fanden verschiedene Arbeitsgruppen am Vormittag und am Nachmittag statt, in denen spannende Fragestellungen bearbeitet wurden. Deren Spektrum reichte von der Simulation eines deutsch-französischen Ministerrats, über die Entscheidungsfindung im Direktorium der Oberrheinkonferenz bis hin zur Erarbeitung einer Empfehlung des Europarates zur Ausübung der Religionsfreiheit und zu Fragen der europäischen Sicherheitspolitik sowie der Zukunft der Kernenergie in Deutschland und Frankreich.

Bei den sich anschließenden Abschlussrunden präsentierten dann die jeweiligen Sprecher der Arbeitsgruppen die gewonnenen Erkenntnisse. Alle TeilnehmerInnen brachten sich mit großem Engagement in die Veranstaltungen ein.

Herr Univ.-Prof. Dr. Stelkens (Uni Speyer) und seine französischen Kollegen Univ.-Prof. Kovar und Dr. Frabrice Larat (ENA) blickten am Ende des Tages auf eine rundum gelungene Veranstaltung zurück.

L. O.

Governance in der Entwicklungszusammenarbeit

Jahrestagung des Arbeitskreises für Entwicklung und Verwaltung (AKEV)

Vom 3. - 5. Mai 2012 fand die Jahrestagung des Arbeitskreises für Entwicklung und Verwaltung (AKEV) in Stuttgart statt. Dieses Jahr fokussierte die Tagung das Thema „Governance in der Entwicklungszusammenarbeit“. Die Tagung gliederte sich in drei Blöcke. Der Vormittag des 4. Mai 2012 bot eine theoretische Einführung in die Thematik „Governance in der Entwicklungszusammenarbeit“.

Nach einem Grußwort von Herrn Schmiedel, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg und nach einer Einführung von Herrn Professor Thedieck (HS Kehl), der für die diesjährige Organisation der Tagung zuständig war, führte Frau Leininger (Bonn) in das Schwerpunktthema ein. Herr Witt (Eschborn) präsentierte das GIZ-Cluster „Verwaltungsreform und Integrität“. Anschließend stellte Herr Pätz (Vorstand der GIZ) die „Erfahrungen und Konsequenzen aus der Fusion der deutschen Entwicklungszusammenarbeit“ vor.

Der Nachmittag des 4. Mai widmete sich konkreten Beispielen der Governance in der Entwicklungszusammenarbeit. Im Mittelpunkt des Nachmittags stand der Vortrag von Herrn Friedrich, Minister für Staats- und Europaangelegenheiten in Baden-Württemberg, zum Thema „Die entwick-

lungspolitischen Leitlinien der baden-württembergischen Landesregierung“.

Darüber hinaus sprachen Herr Klee (Potsdam) über die „Zivilgesellschaft und öffentliche Finanzen in Kamerun“, Frau Loquai (Maastricht) über die „Rohstoff-Governance“, Frau Trappe-Willms (Hamburg) über die „Partizipation in den süd-afrikanischen Wards“ und abschließend Herr Tilckorn (Münster) über die „Evaluation der Strafverfolgung wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Ruanda“. Der Samstag, 5. Mai fokussierte Erfahrungsberichte aus verschiedenen Projekten.

In diesem Rahmen vertrat Frau Dr. Ognois die Universität Speyer und hielt eine Präsentation zu den aktuellen Projekten der Universität Speyer im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit.

Am Ende der Tagung wurde die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer als nächster Gastgeber für die Jahrestagung des AKEV 2013 ausgewählt. Die AKEV-Tagung zum Thema „Grenzüberschreitende Entwicklungszusammenarbeit“ wird vom 18. bis 20. April 2013 in Speyer unter der Schirmherrschaft des Rektors stattfinden.

L. O.

STT-Erasmus-Aufenthalt in Budapest

Vom 6. bis 12. Mai 2012 hielten sich Frau Professor Kropp, Inhaberin des Lehrstuhls für Politikwissenschaft an der Universität Speyer, und Frau Dr. Ognois, Leiterin des Akademischen Auslandsamtes, im Rahmen eines STT-Erasmus-Aufenthaltes an der Andrassy Universität Budapest auf. Ziel von STT-Erasmus-Aufenthalten ist die Förderung der Mobilität und des Austauschs von Wissenschaftsmanagern innerhalb Europas. In diesem Zusammenhang nahmen Frau Professor Kropp und Frau Dr. Ognois an Veranstaltungen zum Thema „Entrepreneurial University“ an der Andrassy Universität teil. Den Speyerinnen wurden die aktuellen Umstrukturierungen in der Verwaltung der AUB sowie sämtliche Marketing- und Controllingsmaßnahmen vorgestellt. Dabei wurde ein besonderer Akzent auf die Rolle von social media gesetzt. Darüber hinaus wurden sie mit dem Management von EU-Projekten an der

AUB vertraut gemacht. Neben diesem Fortbildungsprogramm ergründeten Frau Professor Kropp und Frau Dr. Ognois, inwiefern die Kooperation zwischen der AUB und der Universität Speyer auf der Ebene des Studentenaustausches (Masterstudenten und Doktoranden) verstärkt werden kann. Eine Kooperation im Bereich des M.P.A. Wissenschaftsmanagement wurde ebenso mit dem Rektor, dem Prorektor und dem Kanzler der Universität besprochen. Dieses Gespräch wird in Speyer vom 15. bis zum 17. Oktober 2012 in Anwesenheit von Herrn Zettler (DAAD) sowie von Herrn Professor Okruch, Prorektor (AUB) und Herrn Dr. Domahidi, Kanzler (AUB) fortgesetzt werden.

L. O.

Deutsch-italienische Forschungskooperation „Municipal Rationalization“

Im August 2012 startete eine vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) geförderte deutsch-italienische Forschungskooperation (VIGONI-Programm) zum Thema „Municipal Rationalization“. Hierzu trafen sich Prof. Dr. Sabine Kuhlmann und die wissenschaftlichen Mitarbeiter, Philipp Richter und Christian Schwab, in Florenz mit Prof. Dr. Andrea Lippi, Dr. Giulio Citroni, Marco Di Giulio und Maria Tullia Galanti von der Universität Florenz, um über aktuelle Reformen der subnationalen Ebenen in Deutschland und Italien zu diskutieren.

Bedingung für die Bewilligung der Förderung war das von Seiten beider Forschungseinrichtungen (FÖV Speyer und Uni Florenz) gemeinsam eingereichte wissenschaftliche Forschungsvorhaben zum Thema „Municipal Rationalization“, an welchem die Partner nun über einen Zeitraum von zwei Jahren gemeinsam und komplementär arbeiten. Dies entspricht der Zielstellung des VIGONI-Programms, die Kooperation zwischen italienischen und deutschen Forschergruppen zu intensivieren, um gemeinsam an wissenschaftlichen Vorhaben zu arbeiten. Die Mittel zur Durchführung des Programms erhält der DAAD aus dem Haushalt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Auf italienischer Seite wird

das Programm durch das italienische Bildungsministerium gefördert.

Das Kick off-Meeting der Forschungskooperation fand am 21. August 2012 im Centro Interuniversitario di Ricerca sul Sud Europa der Universität Florenz unter dem Titel: „Municipal rationalization: the territorial dimension of cooperative strategies in public policy and local services“ statt. Als Zwischenziel wurde eine gemeinsame Publikation (Special Issue) festgehalten, in welcher verschiedene, die lokale Ebene betreffende Themenfelder in deutsch-italienisch vergleichender Perspektive, jeweils in bi-national zusammengesetzten Autorentams, untersucht werden sollen (u. a. Funktionen/Aufgaben(neu)zuteilungen der lokalen Ebene, Public Private Partnership/Corporatization, Local Performance/Benchmarking, Territorialreformen und Demokratiereformen).

Noch in diesem Jahr im Dezember werden Dr. Tim Jäkel und Christian Schwab die italienischen Kollegen erneut besuchen, um erste Textfassungen und das weitere Vorgehen zu besprechen.

Für das Jahr 2013 sind im April, Juni und Oktober weitere Treffen beider Delegationen sowohl in Speyer als auch in Florenz geplant.

Besuch von Frau Professor Baroncelli, Freie Universität Bozen

Am 29. Juni 2012 besuchte Frau Univ.-Prof. Dr. Baroncelli die Universität Speyer. Sie führte ein Gespräch mit Frau Univ.-Prof. Dr. Jansen, Frau Heil und Frau Dr. Ognois über eine mögliche Kooperation zwischen beiden Institutio-

nen. Frau Professor Jansen, Senatsbeauftragte für das Aufbaustudium und die Masterstudiengänge, Frau Heil, Referentin für die Implementierung und die Entwicklung der Masterstudiengänge und Frau Dr. Ognois, Leiterin des

Akademischen Auslandsamtes, wurden eingeladen, das Gespräch in November 2012 in Bozen fortzuführen.

L. O.

Praktikum im Akademischen Auslandsamt

Im Rahmen des Joint Master's Program in Public Administration der Universität Tiflis und der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer absolvierte Herr Lomjaria ein 8-wöchiges Praktikum im Akade-

mischen Auslandsamt der Universität Speyer. Das Programm wird von der VW-Stiftung finanziert. Der wissenschaftliche Koordinator an der Universität Speyer ist Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Karl-Peter Sommermann. Herr Lomjaria

entdeckte die vielfältigen Aufgaben im internationalen Bereich und begeisterte sich für das Management internationaler Kooperationen. Für sein Engagement danken wir ihm herzlich!

L. O.

Vortrag von Herrn Dr. Jäkel am INET

Im Rahmen der institutionellen Kooperation zwischen der Universität Speyer und dem INET wurde Herr Dr. Jäkel am 6. Juni 2012 zu

einem Abendvortrag in Strasbourg eingeladen. Herr Dr. Jäkel sprach über die „Réforme de la fiscalité locale en Allemagne“, ein brisan-

tes Thema für das französische Publikum. Anschließend fand eine lebhaft Diskussions statt.

L. O.

Besuch vom Chengdu Administrative Institute

Am 15. Mai 2012 besuchte eine zwölköpfige Delegation aus dem Chengdu Administrative Institute

die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer. Neben der Vorstellung der Universität hielt Frau Dr. Ognois, Leiterin des Akademischen Auslandsamtes, einen Vortrag zum Thema „Fortbildungsmöglichkeiten von Beamten in Deutschland“, dem eine rege Diskussion folgte. Über Kooperationsmöglichkeiten mit der Universität Speyer würde sich das Chengdu Administrative Institute sehr freuen.



L. O.

34th EGPA Annual Conference, 2012: Bergen

Vom 5. bis 8. September 2012 fand in Bergen (Norwegen) die 34. Annual Conference der European Group for Public Administration (EGPA) statt. EGPA ist die bedeutendste europäische Vereinigung für Verwaltungswissenschaften in Europa, die Jahrestagungen zählen zu den wichtigsten Treffen für Forscher und Praktiker in Europa und darüber hinaus. Mit mehr als 450 Teilnehmern aus 45 Ländern, darunter auch aus Asien, Afrika sowie Nordamerika, war die 34. Jahrestagung die bisher größte in der Geschichte der EGPA. In 16 thematischen Permanent Study Groups wurden insgesamt mehr als 400 wissenschaftliche Papiere vorgestellt und diskutiert.

Prof. Dr. Sabine Kuhlmann leitete zusammen mit Prof. Dr. Martin Laffin (Durham Business School) und Prof. Dr. Ellen Wayenberg (University College Ghent) die Sessions der Permanent Study Group V: Regional and Local Government. Unter dem Titel „Sub-national management and modernization under austerity“ wurden in fünf Sessions insgesamt 12 Papiere von 22 Autorinnen

und Autoren aus acht Ländern vorgestellt und diskutiert. Prof. Dr. Sabine Kuhlmann und Dr. Tim Jäkel präsentierten das gemeinsame Papier „Competing, Collaborating or Controlling? Benchmarking-Regimes in European Local Governments from a Comparative Perspective“, welches aus dem FÖV-Projektverbund „Benchmarking“ hervorgegangen ist. Darüber hinaus fand eine Joint Session mit der Permanent Study Group XIV: EU Administration and Multi-Level Governance statt.

Prof. Dr. Sabine Kuhlmann wurde auf der Jahrestagung außerdem zur Vize-Präsidentin der EGPA ernannt.

Das Steering Committee der EGPA hat mit großer Zustimmung den Antrag der Uni Speyer/des FÖV Speyer angenommen, die EGPA 2014 Annual Conference in Speyer auszurichten. Weitere Informationen zur Jahrestagung finden Sie auf der Konferenzhomepage unter der Adresse <http://egpa-conference2012.org/>.

MEGA-Studiengang in Berlin

Am 4. September 2012 organisierten das Konsortialbüro MEGA (Potsdam Centrum für Politik und Management) und die Humboldt-Universität eine öffentliche Präsentation des ME-

GA-Programms in neuer Form. Als neuer Partner des MEGA-Studiengangs war die Universität Speyer durch Frau Dr. Ognois und Frau Gehrig vertreten. Im Jahr 2003 anlässlich des 40.

Jahrestags des Elysée-Vertrags wurde ein gemeinsames deutsch-französisches Qualifizierungsprogramm initiiert, das sich vor allem an Angehörige des höheren Dienstes beider Staaten

wendet. Der Studiengang Master of European Governance and Administration (MEGA) wurde im Jahr 2005 zur Vorbereitung auf europäische und internationale Aufgaben ins Leben gerufen und hat bisher sechsmal erfolgreich stattgefunden. Neben deutschen und französischen Bediensteten haben auch zahlreiche Teilnehmer aus anderen EU-Staaten und aus Staaten mit EU-Beitrittsperspektive diese Fortbildungschance genutzt. Um noch bessere Bedingungen für eine Teilnahme zu schaffen, wird der MEGA-Studiengang künftig in

berufsbegleitender Form mit einer neuen Struktur und einer Dauer von zwei Jahren angeboten. Die Inhalte sind konsequent auf die zwischenstaatliche Zusammenarbeit und den europäischen Kontext ausgerichtet. Berufliche Erfahrungen und Bedürfnisse der Teilnehmer und ihrer Behörden werden gezielt in das Studium einbezogen. Mit diesem gemeinsamen Master-Programm bieten Deutschland und Frankreich den Führungskräften aus Verwaltung und Wirtschaft eine einzigartige Vorbereitung auf die Herausforderungen der eu-

ropäischen Verwaltungszusammenarbeit. Die feierliche Eröffnung des siebten MEGA-Studiengangs ist für Anfang 2013 im zeitlichen Kontext mit dem 50. Jahrestag des Elysée-Vertrags geplant.

Ansprechpartnerinnen an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer:

Dr. Laure Ognois, Leiterin des Akademischen Auslandsamtes, ognois@uni-speyer.de

Susanne Gehrig, M. A., gehrig@uni-speyer.de

Kooperationsprojekt über „Better Governance“ mit der Europäischen Akademie Bozen

Am 29. April 2010 wurde ein Kooperationsabkommen feierlich unterschrieben. Ziel dieser Vereinbarung ist die Förderung und Vertiefung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Akademie Bozen (EURAC) in Italien und der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer sowie dem Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer. Die Zusammenarbeit soll durch gemeinsame Forschungsprojekte, deren Inhalt in gegenseitigem Einvernehmen in einem gesonderten Arbeitsprogramm festgelegt wird, realisiert werden. Im Rahmen dieser Projekte wird der Austausch von wissenschaftlichem Personal (Gastprofessuren) und Studierenden sowie von Forschungsmaterialien und veröffentlichten Forschungsergebnissen angepeilt.

Dieses Rahmenabkommen hat bereits seine ersten Früchte getragen. Infolge einer erfolgreichen Antragstellung an die Abteilung Bildungsförderung, Universität und Forschung der Autonomen Provinz Bozen – Südtirol konnte ein erstes gemeinsames zweijähriges Forschungsprojekt zwischen dem EURAC-Institut für Föderalismus- und Regionalismusforschung unter der Leitung von Prof. Francesco Palermo und Prof. Karl-Peter Sommermann sowie Prof. Sabine Kropp (Speyer) gestartet werden.

Das Projekt mit dem Titel „Föderalismus, alternative Demokratieformen und Better Governance“ hat das Ziel, neue Wege der Bürgerbeteiligung und des Bürgerengagements zu untersuchen, welche die gegenwärtige Politikferne und Verdrossenheit

gegenüber den politischen Institutionen überwinden helfen sollen. Ausgehend von der Erkenntnis, dass föderale Systeme Ausdruck von kultureller Vielfalt und von Pluralismus als Gegengewicht gegen zentralistische Tendenzen sind, und dass neue Demokratiekonzepte auch aus der Stärkung der dezentralen Gebietskörperschaften entstehen, soll die Entwicklung einer neuen demokratischen Kultur im Mehrebenensystem bottom-up untersucht werden: Werden doch die neuen Demokratie Modelle maßgeblich durch eine starke kommunale Selbstverwaltung gefördert. Das Vorhaben wird sowohl eine rechtsvergleichende Orientierung als auch eine transdisziplinäre Ausrichtung annehmen.

Geplant ist die Schaffung eines internationalen Netzwerkes von Rechtswissenschaftlern und Politologen. Im Rahmen des Projekts sind verschiedene informelle Seminare und Workshops in Speyer und Bozen geplant. Vorgesehen ist ferner die Erstellung eines Sammelwerkes mit interdisziplinärer und transnationaler Beteiligung ausgewiesener Experten im Bereich der Demokratieforschung. Die erste Phase des Projekts wird Ende 2013 mit der Veranstaltung einer internationalen Tagung und Buchvorstellung in Speyer oder an der EURAC enden. Es wird bereits an weitere Drittmittelwerbungen gedacht, um die grenzüberschreitende Kooperation jenseits der zweijährigen Deadline weiterführen zu können.

Cristina Fraenkel-Haeberle

Landesbeamtenrecht im Reformprozess: Zur Novellierung des Landesbeamtengesetzes Rheinland-Pfalz

In einem Vortrag von apl. Prof. Dr. Christian Koch beim Verband deutscher Realschullehrer (Bezirksverband Rheinhessen-Pfalz) am 1. März 2012 wurden u.a. die folgenden Aspekte hervorgehoben:

Ausgangslage: Gesetzgebungsaufträge an die Länder: Für den Bereich des allgemeinen öffentlichen Dienstrechts weist Artikel 74 Abs. 1 Nr. 27 GG dem Bund im Rahmen der konkurrierenden Gesetzgebung die Zuständigkeit zu, mit Zustimmung des Bundesrates die Statusrechte und -pflichten der Beamtinnen und Beamten der Länder, Gemeinden und anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts zu regeln, ausgenommen Laufbahnen, Besoldung und Versorgung. Der Bund hat mit dem Gesetz zur Regelung des Statusrechts der Beamtinnen und Beamten in den Ländern (Beamtensstatusgesetz) v. 17.6.2008 (BGBl. I S. 1010, geändert durch G v. 5.2.2009, BGBl. I S. 160), von dieser neuen Gesetzgebungsbefugnis Gebrauch gemacht und das Beamten-Statusrecht länderübergreifend gestaltet und ergänzende Grundstrukturen festgelegt.

Begrenzte Gestaltungsspielräume: Das neue Landesbeamtengesetz für Rheinland-Pfalz will das Beamtenstatusgesetz ergänzen (z.B. in Verfahrensfragen, Fristen), aber auch eigenständig dort regeln, wo der Bundesgesetzgeber auf eigene Gestaltung verzichtet (etwa bei Zeitbeamtenverhältnissen, im Nebentätigkeits-, im Arbeitszeit- und Urlaubsrecht) oder dort ersetzen, wo der Bund keine Kompetenz mehr hat, vor allem im Laufbahnrecht. In seinem Aufbau und in der §§-Folge lehnt

sich das Landesbeamtengesetz (LBG) an das Beamtenstatusgesetz



apl. Prof. Dr. Christian Koch

Foto: Uni Speyer

(BeamtStG) an (vgl. Landtag Rheinland-Pfalz, Drs. 15/4465).

Bestätigung des Funktionsvorbehalts: Die Ausübung hoheitsrechtlicher Befugnisse ist auch weiterhin als ständige Aufgabe in der Regel Beamtinnen und Beamten zu übertragen. Die Lehrtätigkeit an öffentlichen Schulen und Hochschulen gilt als hoheitsrechtliche Aufgabe; der Landesgesetzgeber hat dies insoweit generell und unabhängig von den konkreten hoheitlichen Funktionen festgelegt (LBG § 5, vgl. § 3 BeamtStG).

Erneuerung der Laufbahnstrukturen als Hauptziel: In Rheinland-Pfalz soll der im Rahmen der Föderalismusreform gewonnene Kompetenzzuwachs dazu genutzt werden, das Laufbahnrecht mittels einer neuen einheitlichen und durchgängigen Laufbahnstruktur an die zu erwartenden gesellschaftlichen und demografischen Entwicklungen sowie deren Einflüsse auf die Verwaltung anzupassen. Als Zielvorgaben für das Laufbahnrecht gilt es die Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes zu stärken, das Lauf-

bahnprinzip aufrechtzuerhalten, die Strukturen zu verschlanken

(indem die Anzahl der Laufbahnen reduziert und die starren Laufbahngruppen abgeschafft werden), die Durchlässigkeit der Laufbahnen in horizontaler und vertikaler Hinsicht zu erhöhen, das Leistungsprinzip bei Einstellungen und bei der beruflichen Entwicklung gleichermaßen zu betonen, die Laufbahn-Einstiegsregelungen offenzuhalten zu den Entwicklungen im Bildungsbereich, sowie die bundesweite Mobilität aufrechtzuerhalten und wo-

möglich zu stärken (vgl. Landtag Rheinland-Pfalz, Drs. 15/4465).

Insbesondere: Reduzierung fachlicher Differenzierung der Laufbahnen: Die Laufbahnen-Reduzierung verfolgt das Ziel, den Verwaltungsaufwand beim Wechsel von Tätigkeiten zu verringern und die Einsatzmöglichkeiten der Beamtinnen und Beamten laufbahnrechtlich zu erweitern. Dabei erfaßt und umfaßt eine Laufbahn alle Ämter, die derselben Fachrichtung angehören (einschließlich Vorbereitungsdienst und Probezeit). Es gibt nach der Reform nur noch die folgenden sechs Fachrichtungen: Verwaltung und Finanzen, Bildung und Wissenschaft, Justiz und Justizvollzug, Polizei und Feuerwehr, Gesundheit und Soziales, Naturwissenschaft und Technik (LBG § 14; vgl. auch Landtag Rheinland-Pfalz, Drs. 15/4465).

Arbeitszeitregelungen, Unterrichtsversorgung und voller persönlicher Einsatz: Detaillierte Arbeitszeitregelungen bestimmen das Dienstrecht nach Maßgabe der entsprechenden Rechtsverordnung; § 73 Abs. 1 LBG ermächtigt die

Landesregierung, in dieser insbesondere den Umfang der Arbeitszeit der vollbeschäftigten Beamtenschaft (regelmäßige Arbeitszeit) zu bestimmen, ferner deren Einteilung unter Berücksichtigung der dienstlichen Bedürfnisse und der familiären Verpflichtungen sowie die Kontrolle ihrer Einhaltung. Dem Prinzip des vollen persönlichen Einsatzes (Treuepflicht) entsprechend sind Beamte auf entsprechende Anordnung hin verpflichtet, ohne Vergütung über die durchschnittliche Wochenarbeitszeit hinaus Dienst zu tun, wenn zwingende dienstliche Verhältnisse dies erfordern (so § 73 Abs. 2 LBG) allerdings „auf Ausnahmefälle beschränkt“. Dienstbefreiung bzw. - soweit eine solche aus zwingenden Gründen nicht möglich ist - eine besoldungsgesetzlich abgesicherte Vergütung bilden den Ausgleich. Hingewiesen sei auf die besondere Regelung zur Sicherung der Unterrichtsversorgung in § 74 Abs. 2 LBG.

Probleme gruppengerechter Versorgungsüberleitung. Von der Wertneutralität des deutschen Sozialversicherungsrechts

Von em. o. Univ.-Prof. Dr. Dr. Detlef Merten ist unter dem Titel „Probleme gruppengerechter Versorgungsüberleitung. § 7 AAÜG im Lichte des Grundgesetzes“ nunmehr Band 130 der Schriften zum Sozial- und Arbeitsrecht bei Duncker & Humblot, Berlin, erschienen.

Aus einem Gutachten hervorgegangen, leistet der Band einen Beitrag, um mehr als zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung noch vorhandene Verwerfungen im Zuge der juristischen Gestaltung der Staatenzusammenführung durch den Einigungsvertrag insbesondere bei der Ausführungsgesetzgebung zum Sozialversicherungsrecht zu

Teilzeitarrangements und Hauptberuflichkeit: Die grundsätzlich auf Vollzeit angelegte Beamtentätigkeit als Hauptberuf (die etwa einen als solchen ernannten „Teilzeitbeamten“ grundsätzlich nicht erlaubt) läßt eine insgesamt eher restriktive Regelung einer auf Teilzeit basierenden Beschäftigung erwarten. So kann Beamtinnen und Beamten mit Dienstbezügen auf Antrag Teilzeitbeschäftigung mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit und bis zur jeweils beantragten Dauer bewilligt werden, wenn dienstliche Belange nicht entgegenstehen (§ 75 Abs. 1 LBG; vgl. § 43 BeamStG). Um Loyalitäts- und Leistungskonflikte zu vermeiden, richtet der Gesetzgeber den Blick auf mögliche Nebentätigkeiten, zu denen sich der Teilzeitbeschäftigte nun in der Lage sehen könnte oder auf die er sogar angewiesen ist.

Hybride Personalakten als Herausforderung: Auch auf die Personalaktenverwaltung kommen neue

Herausforderungen zu, denen die LBG-Neufassung besser gerecht werden möchte, erfolgt die Führung der Personalakten vielfach doch zum Teil in Schriftform und zum Teil in elektronischer Form (Hybridakten); § 89 LBG widmet sich der automatisierten Führung von Personalakten und Verarbeitung von Personalaktendaten. Beachtenswert ist der bei Hybridakten geforderte Dokumentationsaufwand. Eine spezifische Dokumentations- und auch Publizitätspflicht folgt aus der rasanten Entwicklung der entsprechenden Dokumentenverarbeitungssysteme, denn gemäß § 89 Abs. 4 LBG „sind die Verarbeitungsformen automatisierter Personalverwaltungsverfahren zu dokumentieren und einschließlich des jeweiligen Verarbeitungszweckes sowie der regelmäßigen Empfänger und des Inhalts automatisierter Datenübermittlung allgemein bekannt zu geben“.

Christian Koch



bereinigen, die einige Gruppen ehemaliger Versorgungsberechtigter nicht nur wirtschaftlich belasten, sondern auch diskriminieren. Denn Sonderversorgungssysteme stellen eine eigenständige Sicherung für Staatsbedienstete der DDR außerhalb der Sozialversicherung dar. Mit Aufhebungs-

gesetz der Volkskammer vom Juni 1990 wurden die bestehenden Versorgungen „mit dem Ziel der Anpassung an das Niveau im zivilen Bereich“ in die Rentenversicherung überführt und „vorläufig“ nur in gekürzter Höhe gezahlt. Zur Begründung wurde regierungsseitig ausgeführt, die ehemaligen Mitarbeiter des MfS seien „für das Leid und die Schäden mitverantwortlich, unabhängig davon, ob sie sich strafbarer Handlungen schuldig gemacht haben oder nicht“.

Im Staatsvertrag ebenso wie im Einigungsvertrag war man übereingekommen, die Versorgungssysteme zu schließen und erworbene Ansprüche und Ansprachen in die Rentenversicherung zu überführen, „wobei ungerechtfertigte Leistungen abzuschaffen und überhöhte Leistungen abzubauen sind sowie eine

Besserstellung gegenüber vergleichbaren Ansprüchen und Anwartschaften aus anderen Versorgungssystemen nicht erfolgen darf". Darüber hinaus war im Einigungsvertrag festgelegt, Ansprüche und Anwartschaften zu kürzen oder abzuerkennen, „wenn der Berechtigte ... gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen oder in schwerwiegendem Maße ihre Stellung zum eigenen Vorteil oder zum Nachteil anderer mißbraucht hat". Letztere Vorschrift stellt eine individual-, keine kollektiv-bezogene Sanktion dar. Dies folgt auch aus dem im Rechtsstaatsprinzip und in der Menschenwürde-Garantie verankerten Schuldgrundsatz, der auch für strafähnliche Sanktionen gilt. Gerade für den Bereich des MfS hat das BVerfG darauf hingewiesen, dass „die - unbestreitbare - Unterdrückung der Bevölkerung durch das MfS ... nicht den Nachweis individueller Schuld" ersetzt.

Rentenkürzungen oder -aberkennungen widersprechen dem Grundsatz der Wertneutralität des deutschen Sozialversicherungsrechts. Die im Rahmen der Rentenüberleitung vertretene These, man könne den „Opfern" nicht zumuten, dass die „Täter" eine höhere Rente als sie erhielten, verkennt daher die Funktion des Sozialversicherungsrechts. Durchbrechungen des Sozialversicherungssystems können den Gleichheitssatz verletzen, wenn die Intensität der Ausnahmeregelung nicht dem Gewicht der die Abweichung rechtfertigenden Gründe entspricht. Im Schrifttum und in den parlamentarischen Beratungen war teilweise schon früh auf verfassungsrechtliche Bedenken gegen einige Regelungen der Rentenüberleitung aufmerksam gemacht worden, insbesondere weil Pönalisierungserwä-

gungen mit der Wertneutralität des Sozialversicherungsrechts in Widerstreit gerieten. Hans Schneider hatte bereits 1974 konstatiert: „Der Jurist bewältigt die Vergangenheit, indem er die Gegenwart zu befrieden sucht".

Network Governance in Russia

Univ.-Prof. Dr. Sabine Kropp ist Mitglied eines internationalen Forschungsnetzwerks zum Thema „Network Governance in Russia", das für den Zeitraum von 2013 bis Ende 2015 vom Norwegian Research Council bewilligt wurde.

Journal of Law and Legislation

Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas wurde vom Korea Law Research Institute (KLRI) in Seoul/Südkorea in seiner Eigenschaft als Mitglied des Editorial Board für die von dem KLRI herausgegebene Zeitschrift „Journal of Law and Legislation" gebeten, zusätzlich in dem Gremium derjenigen mitzuarbeiten, die eingereichte Beiträge einer Peer-Review unterziehen.

Dms - der moderne Staat: Schwerpunktheft 1/2012 „Die armen Städte" erschienen

Unter der Herausgeberschaft von Univ.-Prof. Dr. Sabine Kuhlmann und Prof. Dr. Lars Holtkamp (FernUni Hagen) ist im Juni die aktuelle Ausgabe der Zeitschrift „der moderne Staat - dms" mit dem Themenschwerpunkt „Die „armen Städte" erschienen. Das Schwerpunktheft beschäftigt sich unter anderem mit der kommunalen Haushaltskrise, interkommunaler Zusammenarbeit, Bürgerbeteiligung, Sozialer Stadt und kommunaler Selbstverwaltung im westeuropäischen Vergleich. Das Inhaltsverzeichnis kann online eingesehen werden unter: <http://www.budrich-journals.de/index.php/dms/issue/current>.

Nordafrika-Kongress in Berlin

Am 29.-30. März 2012 nahm RiOVG Wulf F. Roewer, Mag. rer. publ. - Lehrbeauftragter an der Uni Speyer - auf Einladung der Stiftung für Internationale Rechtliche Zusammenarbeit (IRZ) und des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) in Berlin an einem Experten-Workshop zum Thema „Corruption and Compliance in Transition Countries in North Africa" teil. Hierbei ging es um die Erarbeitung von Konzeptionen und Strategien zur Umgestaltung der staatlichen Ordnung und der gesellschaftlichen Verhältnisse im Anschluss an die politischen Umbrüche in den Staaten Nordafrikas. Teilnehmer des Workshops waren u. a.: Dr. Wiland-Karimi, Direktor des ZIF; Herr Mirow, Direktor der IRZ; Prof. D. Hossam Mohamed Issa, Professor of International Law, Ain Chams University, Cairo; Dr. Habib Nassar, Director, International Center for Transitional Justice, New York; Prof. Dr. Wahid Ferchichi, Professor of Public Law, University of Tunis; Dr. Monika Becker, Deputy Head, Federal Ministry of Justice, Bonn; Prof. Dr. Peter Eigen, Founding Director, Transparency International, Berlin; Prof. Dr. Friederike Daiby-Pentzlin, Professor of Law, Wismer University sowie Christiane Kirschbaum, Head, Section Justice and Home Affairs, Directorate-General Enlargement, European Commission, Brussels. Herr Roewer hielt einen Vortrag zum Thema: „Der Transformationsprozess in Ostdeutschland - Erfahrungen beim Elite-Transfer und bei der Überwindung politischer Patronage und Korruption in einem post-totalitären Gesellschaftssystem." Da Herr Roewer als Richter an verschiedenen Gerichten und Bediensteter in der Ministerialverwaltung in Sachsen-Anhalt und Brandenburg am Auf-



Teilnehmer des Experten-Workshops zum Thema „Corruption and Compliance in Transition Countries in North Africa“
Foto: Uni Speyer

bau der Justiz und Verwaltung in den neuen Bundesländer beteiligt war – u. a. auch in der Funktion des Berichterstatters in den „Stasi“-Prozessen –, konnte er unmittelbar auf eigene Erkenntnisse und Erfahrungen im Bereich Transitional Justice und zivilgesellschaftliche Umgestaltungsprozesse zurückgreifen. Zudem gilt er aufgrund zahlreicher beruflicher Aufenthalte in Palästina, Israel, Jordanien, Ägypten und Algerien (ca. 18 Einsätze im Auftrag der UN, EU, AA etc.) als profunder Kenner der politischen Verhältnisse in Nahost und in Nordafrika.

Vorträge in Odessa (Ukraine)

An der Nationalen Akademie für Verwaltung des Präsidenten der Ukraine – Odessaer Regionales Institut für Öffentliche Verwaltung (ORIV) hielt Univ.-Prof. Dr. Andreas Knorr am 12. April 2012 auf Einladung einen wissenschaftlichen Fachvortrag zu dem Thema „Ökonomische Aspekte des Outsourcing“; Frau Dr. Schomaker referierte zu den Grenzen und Möglichkeiten des Einsatzes von PPPs.

14. Speyerer Gesundheitstage

Am 19./20. April 2012 veranstaltete Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas in Verbindung mit der BKK-LKK Arbeitsgemeinschaft

Rheinland-Pfalz die 14. Speyerer Gesundheitstage. Diese standen unter dem Thema „Finanzierung der medizinischen Versorgung: Neue Strukturen – neue Verantwortlichkeiten“? Im Mittelpunkt der Veranstaltung, die dem großen gesundheitspolitischen Projekt der Bundesregierung zum Versorgungsstrukturgesetz gewidmet war, stand der Vortrag der rheinland-pfälzischen Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie, Frau Malu Dreyer zum Thema „Gegenwärtige und künftige Verteilungskonflikte und Finanzierungsprobleme zwischen den Versorgungsebenen“ einerseits, der Vortrag des Leiters der Abteilung Krankenversicherung im Bundesministerium für Gesundheit, Ministerialdirektor Dr. Ulrich Orłowski zum Thema „Finanzierungsfragen zum Versorgungsstrukturgesetz“ andererseits. Im Rahmen dieser Veranstaltung referierte Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas am 20. April 2012 zum Thema „Sicherung der Versorgungsqualität bei knappen Ressourcen als (verfassungs-)rechtliche Gratwanderung und interdisziplinäre Verwaltungsaufgabe“.

Vortrag in New York

Am 22. April 2012 referierte Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Karl-Peter Sommermann im Rahmen des Work-

shops „The Changing Landscape of German Constitutionalism I: Comparative Public Law in Germany“; organisiert von I-CON (The International Journal of Constitutional Law), dem Jean Monnet Center bei der New York University und dem Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, New York University, New York zum Thema „Towards a Common European Administrative Culture?“.

II. Workshop des DAAD-Ostpartnerschaftenprojekts

Gemeinsam mit Prof. Dr. Nils Otter und apl. Prof. Dr. Christian Koch nahm Univ.-Prof. Dr. Andreas Knorr an dem II. Workshop des DAAD-Ostpartnerschaftenprojekts „Antikorruptionspolitik im deutsch-russischen Vergleich“ teil. Am 24. April 2012 stellte Prof. Dr. Andreas Knorr das von ihm und Prof. Dr. Nils Otter verfasste Papier zu dem Thema „Korruption und Ressourcenreichtum“ vor.

Neuorientierung der Versorgungsstruktur im deutschen Gesundheitswesen

Am 26. April 2012 nahm Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas auf Einladung der Deutschen Gesellschaft für Kassenarztrecht e. V. sowie als deren Vorstandsmitglied an dem von der Gesellschaft durchgeführten Symposium „Neuorientierung der Beziehungen zwischen Vertragsärzten, KVen, Krankenkassen und Dritten nach dem Versorgungsstrukturgesetz“ teil. Die Veranstaltung setzte sich mit der Neuorientierung der Versorgungsstruktur im deutschen Gesundheitswesen auseinander. Herbeigeführt wurde mit Beginn des neuen Jahres 2012 die Verzahnung von unmittelbarer Staatsverwaltung und Selbstverwaltung im Gesundheitswesen unter bislang nicht gekannter Einbeziehung der

Länder in dieses Politikfeld. Zugleich geht es um Abweichungsrechte der Landesebene von planungsrechtlichen Vorgaben des Gemeinsamen Bundesausschusses in der Gesundheitspolitik. Hinzu tritt die Reregionalisierung der Vergütung vertragsärztlicher Leistungen und die Stärkung der Verantwortungen der Kassenärztlichen Vereinigungen. Diskutiert wurden die rechtlichen Vorgaben hierfür sowie die geeigneten und erforderlichen Steuerungsinstrumente regulativer Gesundheitspolitik. Prof. Pitschas beteiligte sich an dem Symposium mit der thematischen Vorbereitung und eigenen Diskussionsbeiträgen.

Verfahrensrechtliche Kontrolle der Gewährleistungsverwaltung

Am 30. April 2012 fand die mündliche Doktorprüfung des koreanischen Doktoranden Hwan Hak Kim in der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer statt. Herr Kim promovierte über das Thema „Verfahrensrechtliche Kontrolle der Gewährleistungsverwaltung“. Die Untersuchung ist damit befasst, den staatswissenschaftlichen Begriff der „Gewährleistung“ verwaltungsrechtlich handhabbar zu machen und die tragenden Merkmale der Gewährleistungsverwaltung herauszustellen. Herr Kim wird in den nächsten Monaten in Korea eine Professur für Öffentliches Recht übernehmen.

Foundations of Municipal Economy: Local Finance

Im April 2012 unterrichtete Prof. Dr. Gunnar Schwarting im Rahmen einer Erasmus Summer School zu „Foundations of Municipal Economy: Local Finance“ an der Tallinn University of Technology in Estland. Im Rahmen seines Aufenthaltes nahm er auch an der Administrative Culture Conference

teil und referierte als Keynote Speaker zur Public Corporate Governance.

Interdisziplinärer Kongress in Leipzig

Auf Einladung der Hanns Martin Schleyer-Stiftung/Robert Bosch Stiftung nahm Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas an dem interdisziplinären Kongress auf dem Medien-Campus Leipzig zum Thema „Aufgeschlossen für Wandel - verankert in gemeinsamen Grundwerten: Demokratie und Wirtschaft in Deutschland und in der Europäischen Union“ teil. Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen eine Reihe von Vorträgen zu der Ausgangsproblematik, ob die Struktur der Europäischen Union noch weiterhin trägt. Hieran schlossen sich die Vorstellungen von Habilitationsthemen in vier Arbeitskreisen aus den Bereichen der Sozialwissenschaften, Ökonomie und Rechtswissenschaft an. Zu dem Kongress hatte Prof. Pitschas einen wiss. Mitarbeiter als eingeladenen jüngeren Gastwissenschaftler nominiert. Im Verlauf der Vorträge und Diskussionen gab der Gedankenaustausch auch Gelegenheit, die gegenwärtigen Beiträge der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer zu diesem Tagungsthema zu verdeutlichen.

Vortrag in Taschkent

Auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Nationalzentrums für Menschenrechte in Usbekistan nahm RiOVG Wulf F. Roewer, Mag. rer. publ. - Lehrbeauftragter an der Uni Speyer - am 20.-21. Mai 2012 in Taschkent an einer Konferenz des „Internationalen Runden Tisches“ zum Thema: „Aktuelle Aufgaben bei der Reform von Rechts- und Justizsystemen: ausländische und



Teilnehmer an der Konferenz des „Internationalen Runden Tisches“ in Usbekistan Foto: Uni Speyer

naionale Erfahrungen“ teil. Auf Anforderung der Veranstalter hielt Herr Roewer ein zweitägiges Seminar ab zum Thema „Erfahrungen bei der Bekämpfung von Korruption und Konzepte zur Kodifikation von Anti-Korruptionsgesetzen“. Im Anschluss an die Konferenz fanden Beratungsgespräche statt mit dem Minister der Justiz, dem Generalstaatsanwalt, den Richtern des obersten Wirtschaftsgerichts sowie mit dem Präsidenten des obersten Gerichtshofs zu Fragen der Modernisierung und Reform des Rechts- und Justizsystems.

Vortrag in Astana

Auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Kasachischen Akademie für Staatsverwaltung nahm RiOVG Wulf F. Roewer, Mag. rer. publ. - Lehrbeauftragter an der Universität Speyer - an der am vom 23.- 25. Mai 2012 in Astana stattfindenden internationalen Konferenz „Modernisierung der Staatsverwaltung in Kasachstan“ teil. Auf der von Regierungsvertretern geleiteten Konferenz hielt Herr Roewer auf Anforderung der Veranstalter einen Vortrag zum Thema „Das System des deutschen Staatsdienstes - Zugang zu öffentlichen Ämtern und Personalauswahlentscheidungen“. Im Anschluss an die Konferenz führte Herr Roewer mit Vertretern der Richterschaft des Obersten Gerichts und des Instituts für Gesetzgebung Kasachstans Arbeits-

gespräche zum Thema „Implementierung der Gerichtsreform in Kasachstan“.

Was lehrt uns „Stuttgart 21“?

Im Mai 2012 hielt sich Univ.-Prof. Dr. Sabinie Kropp an der Andrásy-Uni Budapest auf, wo sie im Rahmen des Erasmusauswechsels einen Vortrag zum Thema „Vereinbarkeit von kooperativem Föderalismus und Volksgesetzgebung: Was lehrt uns „Stuttgart 21“? hielt sowie weitere gemeinsame Aktivitäten zwischen den Universitäten (u. a. Studierendenaustausch, gemeinsame Module, Doktorandenworkshop) plante.

Gastforscher am Lehrstuhl Kuhlmann

Vom 09.06. bis 11.08.2012 war Herr Dr. Alisher Khaydarov aus Dushanbe (Tajikistan) Gastforscher am Lehrstuhl für Vergleichende Verwaltungswissenschaft von Univ.-Prof. Dr. Sabine Kuhlmann. Herr Khaydarov arbeitet am Institute for Improving the Qualifications of Civil Servants of the Republic of Tajikistan. Er beschäftigt sich vor allem mit der Frage, wie der öffentliche Dienst in Tajikistan auf lokaler Ebene verbessert werden kann. Hierzu forschte er über die konkrete Ausgestaltung des Performance Managements in deutschen Kommunen und dessen mögliche Übertragung auf die kommunale Ebene in Tajikistan.

Vortrag in Tarragona

Am 20. Juni 2012 hielt Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Karl-Peter Sommermann im Rahmen des Seminars „El impacto de la Directiva de servicios sobre las Administraciones Públicas y el Derecho administrativo - Especial referencia al Derecho ambiental“ an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Tarragona, Tarragona (Spa-

nien) einen Vortrag zum Thema „La transposición de la Directiva de servicios en Alemania: cambios en el regimen de intervención de actividades“.

Umsetzung des GKV-Versorgungsstrukturgesetzes

Am 22./23.06.2012 referierte Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas in Pfinztal-Söllingen auf dem Workshop der KZVen Baden-Württemberg und Bayern zum Thema „Umsetzung des GKV-Versorgungsstrukturgesetzes (VStG) in der vertragszahnärztlichen Versorgung - Zielprojektion und rechtlicher Rahmen“.

Gemeinsamer Bundesausschuss im Gesundheitswesen

Zum 1. Juli 2012 ist Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas zum Ersten Stellvertreter des unparteiischen Vorsitzenden des Gemeinsamen Bundesausschusses im Gesundheitswesen gewählt worden. Die Wahl wurde vom Deutschen Bundestag bestätigt; die Amtsdauer dieser ehrenamtlichen Tätigkeit beträgt sechs Jahre. Bei dem Gemeinsamen Bundesausschuss handelt es sich um das Gremium, das die in Gesetzesform gegossene deutsche und europäische Gesundheitspolitik exekutiert und als öffentlich-rechtliche Körperschaft in Gestalt der Selbstverwaltung Beschlüsse fasst. Das Beschlussgremium besteht aus drei unparteiischen Mitgliedern sowie aus Vertretern der Kassenärztlichen Bundesvereinigungen, der Deutschen Krankenhausgesellschaft und des Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen.

87th Annual Meeting Western Economic Association International

Am 3. Juli 2012 referierte Univ.-Prof. Dr. Andreas Knorr auf der

87. Jahrestagung der Western Economic Association International in San Francisco über das Thema „Will Turkey become MENA's next international aviation hub? A SWOT analysis of Turkish Airlines' growth strategy“.

Vortrag in Barcelona

Am 3. Juli 2012 referierte Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Karl-Peter Sommermann im Rahmen der Tagung „Perspectives internacionals de futur sobre la funció pública“ an der Escola d'Administració Pública de Catalunya, Barcelona zum Thema „La reforma de la Administració Pública en Alemanya - Situación actual y retos“. Die Tagung stand im Zusammenhang mit der 100-Jahr-Feier der Escola d'Administració Pública de Catalunya, mit der die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer und das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer seit vielen Jahren eine Kooperationsvereinbarung unterhalten.

Gastprofessur in Indien

Vom 12. August bis zum 10. September 2012 hatte Univ.-Prof. Dr. Andreas Knorr eine vom DAAD geförderte Gastprofessur an der privaten indischen Universität Manipal inne. Am dortigen Center for European Studies veranstaltete er neben einer Vorlesung zum Thema „European Business Environment“ außerdem ein Seminar zu dem Thema „Will the end of the Euro really be the end of Europe?“.

Forschungsaufenthalt in Speyer

Vom 15.08. bis 30.08.2012 hat Frau Ass. Prof. Dr. Krisztina Rozsnyai, Mag. rer. publ. einen Forschungsaufenthalt am Deutschen Institut für öffentliche Verwaltung Speyer wahrgenommen. Frau Dr. Rozsnyai hat in Speyer im Jahr

2002 die Magisterprüfung abgelegt. Sie zählt zum Lehrpersonal der Eötvös Loránd University/Faculty of Law, Budapest. Den genehmigten Gastforscheraufenthalt am FÖV hat sie benutzt, einige aktuelle Probleme des Verwaltungsrechts aus rechtsvergleichender Perspektive zu erforschen. Während der Zeit ihrer Anwesenheit in Speyer stand sie unter Betreuung von Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas.

Optionen zur Neugestaltung der Gemeindeebene in Brandenburg

In den Sommermonaten Juni und August 2012 leitete Univ.-Prof. Dr. Sabine Kuhlmann ein Drittmittelprojekt zur Begutachtung der Reformoptionen zur Kommunal- und Landesverwaltung (unterhalb der Kreisebene) in Brandenburg, welches institutionell am Zentrum für Politikberatung des FÖV angesiedelt war. Den Auftrag hierzu erteilte die Fraktion Bündnis90/die Grünen des brandenburgischen Landtages im Rahmen der Enquete-Kommission 5/2 („Kommunal- und Landesverwaltung - bürgernah, effektiv und zukunftsfest - Brandenburg 2020“). Zum Projektteam zählten neben der Projektleiterin außerdem Philipp Richter, Christian Schwab und Dirk Zeitz. Als zentrales Ergebnis des Gutachtens wurde vom Gutachterteam eine Kombination aus Einheitsgemeinden (Berliner Umland) und Verbandsgemeinden („Peripherie“) empfohlen, welches am besten geeignet sei, um zugleich den fiskalischen, demografischen und demokratiebezogenen Herausforderungen in Brandenburg gerecht zu werden. Philipp Richter präsentierte die wichtigsten Ergebnisse am 28. August im brandenburgischen Landtag vor der Fraktion Bündnis90/die Grünen sowie am 28. September vor dem „Ver-

ein für grün-bürgerbewegte Kommunalpolitik Brandenburg e.V.“ im Haus der Natur in Potsdam. Prof. Dr. Sabine Kuhlmann stellte das Gutachten am 31. August der Presse vor. Das Gutachten kann auch online eingesehen werden unter: <http://www.uni-speyer.de/kuhlmann/Mitarbeiter/Kuhlmann/Publikationen/OnlineTexte/Aktuelles/EK-Brandenburg-29-8-12.pdf>.

Mediation in der öffentlichen Verwaltung

Am 30.08.2012 hielt Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Pitschas auf der „Summerschool“ von BERNZEN SONNTAG Rechtsanwälte/Steuerberater in Frankfurt a. M. einen Vortrag zum Thema „Mediation in der öffentlichen Verwaltung. Gesetzlicher Rahmen und Instrument der Konfliktbewältigung in sozial-, medizin- und verwaltungsrechtlichen Auseinandersetzungen“.

Sitzung im Bundesschiedsamt

Am 24.09.2012 nahm Herr Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas an der Sitzung des Erweiterten Bundesschiedsamtes für die vertragsärztliche Versorgung in Berlin teil. Das Bundesschiedsamt entscheidet in vertragsärztlichen Streitigkeiten zwischen den Vertragsärzten einerseits, den Gesetzlichen Krankenkassen andererseits. Pitschas ist seit 2010 neutrales Mitglied in dem Bundesschiedsamt. Zu dem genannten Termin ging es um die neue Festsetzung von Teilen des Vertrags zwischen den Beteiligten über die Durchführung von ambulanten Operationen.

Workshop im Rahmen der Kinder-Uni Trier

Zum 5. Mal bot Prof. Dr. Gunnar Schwarting einen Workshop im Rahmen der Kinder-Uni Trier an. Diesmal lautete das Thema „So

ein Stress - Arbeiten und fit bleiben in Schule und Beruf“. Die 25 teilnehmenden Kinder sollen die von ihnen selbst entwickelten Ideen nunmehr in ihre Schulen einbringen.

Vortrag in Saarbrücken

Zum Thema „Sektorenübergreifende Bedarfsplanung - was erwartet uns im Saarland?“ referierte Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas am 26.09.2012 im Rahmen der 8. Saarbrücker Gesundheitsgespräche am Klinikum Saarbrücken.

Ruf nach Berlin

Univ.-Prof. Dr. Sabine Kropp erhielt einen Ruf an die FU Berlin auf den Lehrstuhl „Politisches System Deutschland“.

Lokale Selbstverwaltung in Deutschland

Im Rahmen von Informationsbesuchen in Rheinland-Pfalz unterrichtete Prof. Dr. Gunnar Schwarting Delegationen aus Ruanda, Südafrika und Weißrussland über lokale Selbstverwaltung in Deutschland. In dem Zusammenhang erläuterte er auch die Aufgaben und Arbeitsweisen kommunaler Spitzenverbände.

Mitglied der Mindestentgelt-Kommission

Univ.-Prof. Dr. Andreas Knorr ist Ende September für 2012 bis 2016 zum stellvertretenden Mitglied der Mindestentgelt-Kommission des Landes Rheinland-Pfalz ernannt worden.

Berufung in den Sozialbeirat

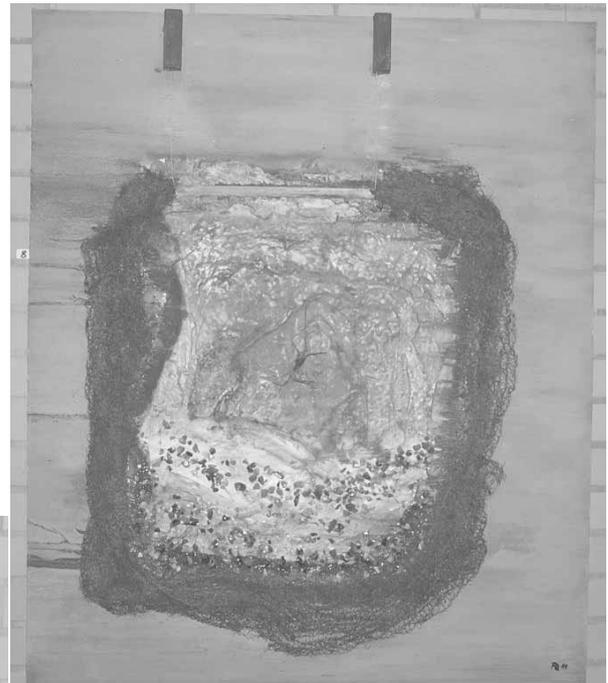
Für eine vierte Amtszeit mit einer Dauer von 4 Jahren ist Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber von der Bundesregierung mit Wirkung ab dem 1.10.2012 erneut in den Sozialbeirat berufen worden.

Veränderungen Eine Ausstellung von Peter H. Quick

Noch bis zum 30. Januar 2013 ist im Foyer der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer eine Ausstellung mit den Werken des pfälzischen Künstlers Peter H. Quick zu sehen.

Der 1949 in Dortmund geborene und in Hamburg aufgewachsene Künstler setzt sich seit 1973 in autodidaktischen Studien und praktischen Arbeiten intensiv mit Innenarchitektur und Kunst auseinander.

Quick arbeitet mit Materialien, die einem steten Wandel unterliegen, seine Portraits leben weiter und entwickeln in Eigendynamik im Laufe der Zeit ihre individuellen Veränderungen.



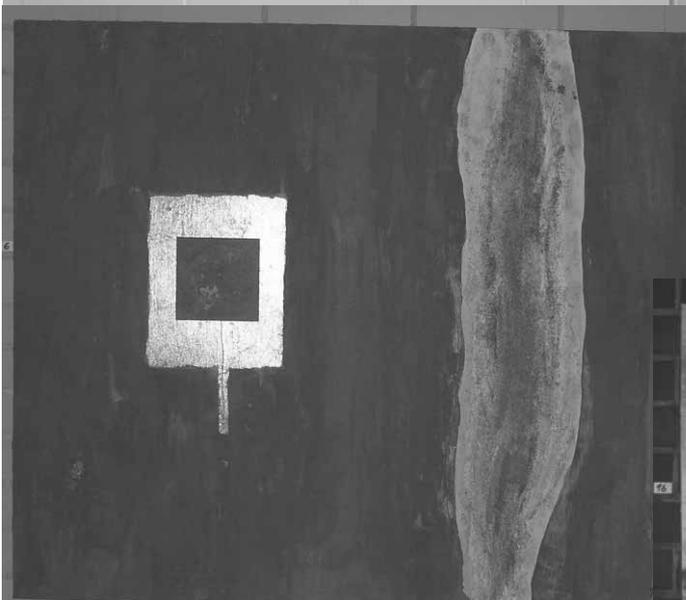
Edelsteinfischer - Struktur auf Leinwand, Oxydationstechnik, 2011



Himmel + Erde - Struktur auf Leinwand, Oxydationstechnik, 2011



Besucher - Struktur auf Leinwand, Oxydationstechnik, 2012



Limit 3 - Struktur auf Leinwand, Oxydationstechnik, 2011



Limit 2 - Struktur auf Leinwand, Oxydationstechnik, 2011

Kommunales Straßennetz: Planung, Nutzung, Unterhaltung

4. Speyerer Tage zu kommunalen Infrastrukturen

Vom 8. bis 9. März 2012 fanden unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Ulrich Stelkens die 4. Speyerer Tage zu kommunalen Infrastrukturen statt. Ziel der jährlich ausgerichteten Tagungsreihe ist es, für Fragen der infrastrukturentwickelnden und infrastrukturentwickelnden Tätigkeit der Kommunen ein Diskussionsforum vornehmlich zu aktuellen rechtlichen Problemen zu bilden. Gegenstand der diesjährigen Tagung war das kommunale Straßennetz. Konkret ging es um den Rechtsrahmen für die Planung, Nutzung und Unterhaltung des kommunalen Straßennetzes unter besonderer Berücksichtigung überschuldeter Kommunalhaushalte und wachsender Ansprüche der Straßennutzer.

Der erste Veranstaltungstag bot einen vertiefenden Einblick in ausgewählte Themen: Einleitend befasste sich Dr. Andreas Geiger (Rechtsanwalt, Stockmann & Kollegen, München) in seinem Vortrag über die „Formen kommunaler Straßenplanung“ mit Planungsrechtsfragen und insbesondere mit den Möglichkeiten, im Wege positiver kommunaler Straßenplanung die Spannungen zu Verkehrswegeplanungen anderer Träger durch Kooperation und Koordination zu lösen. Dr. Peter Itzel (Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Koblenz) erörterte die rechtlichen Grundlagen, Voraussetzungen, Umfang und Grenzen von „Verkehrssicherungspflichten und Winterdienst in Zeiten knapper Kassen“. Dem folgte der Vortrag von Anke Leue (Regierungsdirktorin, Leiterin des Referats LA 22 Ordnung des Straßenverkehrs [Verhaltensrecht], Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung - BMVBS, Bonn) über „Möglichkeiten und Pflichten im Bereich der Parkraumbewirtschaftung“, in dem sie neue und angesichts des steigenden Parkdrucks erforderliche Maßnahmen zur „Bewirtschaftung“ von Parkraum präsentierte, wie etwa telematikgesteuerte Parkleitsysteme, Reservierung von Parkraum und Parkprivilegien für bestimmte Fahrzeuggruppen (Car-Sharing, Elektro- und schadstoffarme Fahrzeuge) oder Anordnung von Bewohnerparkzonen und Parkraumbewirtschaftungszonen. Michael Becker (Hauptreferent, Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf) veranschaulichte anhand zahlreicher Fallbeispiele die „Zulässigkeit von Werbeanlagen am Straßenrand“ und

schilderte, wie mit Werbeanlagen unter Berücksichtigung der in diesem Kontext vorherrschenden vielfältigen Interessenlagen umgegangen werden kann. Privatdozent Dr. Thorsten Siegel (Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer) erörterte schließlich die „Gestaltungsmöglichkeiten und Probleme der Videoüberwachung des kommunalen Verkehrsraums“, wobei er unter Hinweis auf das Urteil des BVerwG (v. 25.1.2012 - 6 C 9/11) insbesondere darstellte, wann bei welcher Art der Videoüberwachung ein Eingriff in den Schutzbereich betroffener Grundrechte vorliegt und unter welchen Voraussetzungen ein solcher Eingriff zulässig ist.

Gegenstand des zweiten Veranstaltungstages waren Nutzungsrechte an Versorgungsleitungen in kommunalen Straßen, für die die Richtlinien für die Benutzung der Bundesfernstraßen in der Baulast des Bundes (Nutzungsrichtlinien 2009) ein umfassendes Regelwerk über sämtliche zu beachtende Handlungshinweise bereithalten, die mit Allgemeinem Rundschreiben Straßenbau (ARS) Nr. 5/2009 den Ländern zur Einführung empfohlen wurden. An diese Richtlinien anknüpfend setzte sich zunächst Dr. Michael Sauthoff (Vizepräsident am Obergericht Mecklenburg-Vorpommern, Greifswald) in seinem Vortrag über die „Nutzungsrechte an kommunalen Straßen“ mit den gesetzlich zugelassenen Nutzungen und Schranken auseinander, die maßgeblich von der Klassifizierung einer Straße als Gemeingebrauch (bzw. Anliegergebrauch als Sonderform des Gemeingebrauchs) oder als Sondernutzung abhängen. Im Anschluss referierte Joachim Majcherek (Leiter Justizariat Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen, Gelsenkirchen) über „Aktuelles zu Versorgungsleitungen in kommunalen Straßen“. Im Vordergrund der Ausführungen standen die Anforderungen an die Vertragsgestaltung für die Straßenmitbenutzung sowie Fragen im Zusammenhang mit der Breitbandinitiative und dem aufgrund der erneuerbaren Energien notwendig gewordenen Leitungsausbau.

Vollendet wurde die Veranstaltung von Sven Erik Heun (Rechtsanwalt, Bird & Bird, Frankfurt) mit einem Streifzug durch aktuelle Entwicklungen und Rechtsprechung zum „Nutzungsrecht nach § 68 TKG“, der vom Übergang der Wege-

rechte, den Gebühren für Zustimmungsverfahren und Sondernutzungsgebühren über Folge(kosten)plichten, dem privaten Wegerecht nach § 76 TKG bis hin zu den in diesem Zusammenhang geplanten Änderungen durch die TKG-Novelle 2012 reichte.

Die Tagungsreihe wird am 5./6. März 2013 mit den „5. Speyerer Tagen zu kommunalen Infra-

strukturen“ fortgesetzt, die sich mit einem vergleichbaren Tagungsgegenstand beschäftigen werden. Weitere Informationen finden Sie auf der Internetseite des Lehrstuhls unter <http://www.dhv-speyer.de/stelkens/index.htm>.

Ein ausführlicher Tagungsbericht ist veröffentlicht in: DVBl 2012, 887 ff.

O. S.

14. Speyerer Gesundheitstage

Die medizinische Versorgung im neuen Versorgungsstrukturgesetz - eine Gratwanderung zwischen Regulierungskonflikten, Patienteninteressen und Verfassungsmäßigkeit

Wie schon in den letzten Jahren, so fanden auch in diesem Jahr vom 19. bis 20. April 2012 die Speyerer Gesundheitstage an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer statt. In Kooperation mit der BKK-LKK Arbeitsgemeinschaft Rheinland-Pfalz diskutierten rund 100 Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet unter der wissenschaftlichen Leitung von Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas zwei Tage lang aktuelle Fragen im Zusammenhang mit der Neustrukturierung der medizinischen Versorgung nach dem GKV-Versorgungsstrukturgesetz (VStG).

Die nunmehr seit fast fünfzehn Jahren regelmäßig stattfindenden Speyerer Gesundheitstage stehen in der Tradition, den drängenden Fragen des deutschen Gesundheitssystems nachzuspüren und trafen damit in der Vergangenheit stets den Nerv der jeweils aktuellen gesundheitspolitischen Debatte. Auch anlässlich der diesjährigen Veranstaltung wurde mit der Novellierung des VStG eins der großen gesundheitspolitischen Projekte der Bundesregierung zum Anlass genommen. Im Zentrum der Diskussion stand dabei die Frage, wie künftig eine qualitative und quantitative Verbesserung der medizinischen Versorgung der Versicherten vor dem Hintergrund eines sich abzeichnenden Versorgungsmangels im ländlichen Raum gewährleistet werden kann. Neben einer Analyse des Regulationssystems des VStG wurden dazu auch die unterschiedlichen Positionen der Akteure in den Blick genommen. Hierbei schälte sich insbesondere beim Thema Versorgungsplanung die Frage nach der Finanzierungsverantwortung heraus, die die dahinterliegenden föderalen Konfliktlinien zwischen dem Bund und den Ländern offenbart.

Wie in der Vergangenheit, konnten namhafte Experten aus den Bereichen Wissenschaft, den einschlägigen Interessenverbänden und der Politik als

Referenten gewonnen werden - darunter die Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demographie des Landes Rheinland-Pfalz, Frau Malu Dreyer.

Den Eröffnungsvortrag zum Thema Finanzierungsfragen zum Versorgungsstrukturgesetz hielt Dr. Ulrich Orłowski (Bundesministerium für Gesundheit, Berlin). Darin erläuterte er das Ziel der Bundesregierung, auf der Vertrags- und Bedarfsplanungsebene regionale Verantwortlichkeiten zu stärken. Er betonte gleichzeitig aber auch die Notwendigkeit in einigen Bereichen, wie z. B. bei den Kollektivverträgen, Vorgaben zentral und bundeseinheitlich zu setzen.

Im Anschluss daran analysierte Prof. Dr. Dr. h. c. Thomas Gerlinger (Universität Bielefeld) das neue Gesetzeswerk aus der Perspektive der Gesundheitssystemforschung. Er verwies in seinem Vortrag „Strukturentscheidungen ohne Finanzverantwortung?“ Die Beteiligung der Länder an der Versorgung zum einen darauf, dass seit den 1970er Jahren ein immer stärker werdender Trend zur Zentralisierung zu verzeichnen ist, der zu einer Schwächung der landeskompetenzlichen Aufgaben z. B. bei der Überwachung von Qualitätsstandards führe. Andererseits wurde deutlich, dass abgesehen von den Stadtstaaten die Bundesländer als Planungseinheit für die Bedarfsplanung zu groß seien. In diesem Zusammenhang stellte der Referent die in der Literatur diskutierte Idee einer weiteren, regionalen Versorgungsebene vor.

Landesgesundheitsministerin Malu Dreyer (Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demographie des Landes Rheinland-Pfalz, Mainz) referierte aus der Sicht der Länder ihre Praxiserfahrung mit dem VStG. In ihrem Vortrag mit dem Thema „Gegenwärtige und künftige Verteilungskonflikte und Finanzierungsprobleme zwischen den Versorgungsebenen“ kritisierte sie, dass es sich beim VStG



Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Rainer Pitschas (Universität Speyer), Christoph Kranich (Verbraucherzentrale Hamburg) und Michael Weller (Leiter Stabsstelle Politik GKV-Spitzenverband, Berlin)
Foto: Uni Speyer

nicht um eine umfassende Strukturveränderung handele, sondern lediglich einzelne Details neugefasst würden. Insoweit vermisse sie z. B. die Angleichung der Ärztehonorare zwischen den Bundesländern. Ferner verfehle man mit dem Gesetz das Ziel, die Sektorengrenzen im Gesundheitswesen zu überwinden. Positiv zu sehen, wenn auch nicht ausreichend, sei die jetzt möglich gewordenen Vertretung der Länder im G-BA.

Zum dichotomen Verhältnis von regionaler Honorierung und zentraler Finanzierung der Gesundheitsversorgung legte Dr. Wolfgang Krumbholz (Vorstandsvorsitzender KV-Bayern, München) die Sicht der Kassenärzte dar. Danach verhindere die im Gesetz angesiedelte Klausel der Gemeinsam- und Einheitlichkeit das Zustandekommen von regionalen Versorgungsabschlüssen. Dies werde noch durch die zentral angelegte Finanzierung erschwert, die regionale Entscheidungsfreiheit im Keim erstickte. Man müsse erkennen, dass Problembewertung und Problemlösung ausschließlich regional und nicht in einem größeren Maßstab erfolgen können, so Dr. Krumbholz.

Den Abschluss des ersten Sitzungstages bildete der Vortrag von Dr. Rolf-Ulrich Schlenker (stell. Vorsitzender BARMER GEK, Berlin), der die Position der Krankenkassen beleuchtete. Was die jährliche Steigerungsrate bei den Zuweisungen des Gesundheitsfonds anbelangt, so wünsche man sich entgegen den Regelungen im VStG einen bundesweit einheitlichen Standard, da sonst eine Vermischung von zentralen und regionalen Zuweisungsraten drohe. Auch sehe er den durch das Gesetz erreichten Regionalisierungsgrad der Bedarfsplanung als grenzwertig an. Eine noch weitergehende Regionalisierung sei nicht wünschenswert und erzeuge sogar mehr Bedarfe. Lobende Worte fand Dr. Schlenker für die gesteigerte Steuerungsfähigkeit der Länder bei der Bedarfs- und Vergütungsplanung, die das neue VStG eröffne.

Der zweite Tagungstag widmete sich der Frage, wie Versorgungsqualität und Qualitätssicherung bei

gegebenen finanziellen Abhängigkeiten gewährleistet werden können.

Michael Weller (Leiter Stabsstelle Politik GKV-Spitzenverband, Berlin) veranschaulichte die Position des GKV-Spitzenverbandes. Er diagnostizierte, dass trotz des VStG das Über- bzw. Unterversorgungsproblem bei medizinischen Leistungen nicht beseitigt werde. Genau dieses Problem aber berge erhebliche Risiken für die Versorgungsqualität in den Regionen. Eine regionale Abweichung bei der Bedarfsplanung von den bundesweiten Standards werde zwar auch vom GKV-Spitzenverband befürwortet, jedoch müssten die abweichenden Richtlinien im Verhältnis stehen. Hier warb er für einen behutsamen Umgang mit diesem Instrument. Ferner warnte er vor einem Ärztestreit zwischen den unterschiedlichen Gebietskörperschaften, wie sich dies bereits in den Zahlen der Krankenhausbetten im föderalen Vergleich darstellt.

Christoph Kranich (Verbraucherzentrale Hamburg) legte in seinem Vortrag den Fokus auf die Position der Patienten. Aus seiner langjährigen Erfahrung seien Gesundheitsreformen oftmals lediglich Finanzreformen. So verhalte es sich auch mit dem VStG. Aus Sicht der Verbraucherzentrale schaffe das neue Gesetz lediglich marginale Verbesserungen in Bezug auf die Beteiligung von Patienten bei der Versorgungsplanung. Einzig die neu eingerichteten Versorgungsausschüsse für die sektorenübergreifende Versorgung in den Ländern seien ein Lichtblick, da sich an dieser Stelle erstmals die Möglichkeit eröffne, eine echte Patientenpartizipation zu erreichen.

Den Abschluss der Veranstaltung bildete das Referat von Prof. Dr. Dr. h. c. Pitschas (Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer). In seinem Vortrag behandelte er das Thema Versorgungsqualität und Qualitätssicherung als (verfassungs-)rechtliche Gratwanderung und interdisziplinäre Verwaltungsaufgabe. Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Regulierung im Bereich der Daseinsvorsorge, ziehe das VStG eine neue, dritte Versorgungsebene in das bisherige System ein. Insoweit schaffe es ein Novum, da Gesundheitspolitik bislang weniger regional, denn länderspezifisch organisiert gewesen sei. Dies impliziere auch institutionelle Herausforderungen der Verzahnung. Aus verfassungsrechtlicher Perspektive stelle sich hierbei die Frage, ob der Bund die Länder nicht durch die neu eingerichteten Institutionen, allen voran die

Landesausschüsse, ihrer Gewährleistungsverantwortung partiell beraubt. Besonders in Bezug auf die Regulierung der Qualität spezialfachärztlicher Versorgung zeige sich diese Problematik am deutlichsten.

Der große Zuspruch und die rege Beteiligung des Plenums bewiesen auch in diesem Jahr, dass die thematische Ausrichtung der Speyerer Gesundheitstage aktueller ist denn je. Die Ergebnisse werden,

wie in den letzten Jahren, in schriftlicher Form zusammengetragen und in einem Sonderheft der Vierteljahresschrift für Sozialrecht veröffentlicht.

Der Termin für die 15. Speyerer Gesundheitstage ist für den 11.04. bis 12.04.2013 angesetzt.

Florian Schunk

4. Speyerer Weintagung

Bereits zum vierten Mal fand unter der wissenschaftlichen Leitung der Univ.-Prof. Dres. Andreas Knorr und Ulrich Stelkens vom 19. bis 20. April 2012 die Speyerer Weintagung statt. Gegenstand der jährlich in Kooperation mit dem Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten des Landes Rheinland-Pfalz ausgerichteten Veranstaltung sind die für die deutsche Weinwirtschaft wichtigen Entwicklungen sowohl aus wissenschaftlicher als auch aus Praktikersicht. Diesjähriger Tagungsgegenstand waren neben Fragen der Entwicklung der Weinwirtschaftspolitik, der Bedeutung der Alkoholpolitik für den Weinsektor und aktuellen Problemen des Weinrechts - insbesondere des Weinstrafrechts - verschiedene Aspekte des Weinmarketings - wie etwa die Leistungsfähigkeit der Weinkommunikation, des Weintourismus und der Kundenbindung sowie Erschließungsstrategien des US-Weinmarkts für deutsche Winzer.

Eröffnet wurde die Veranstaltung mit dem Vortrag von Dr. Peter Fuchß (Ministerialdirigent a. D., Bad Kreuznach) über die „Linien der Weinwirtschaftspolitik“, in dem zunächst die historische Entwicklung einzelner Aspekte der Weinwirtschaftspolitik wie Flächen und Rebsorten nachgezeichnet und die Herausforderungen künftiger Struktur- und Förderpolitik aufgezeigt wurden. Anschließend setzte sich der Referent kritisch mit dem Einfluss der europäischen, vom römischen Weinrecht geprägten Weinwirtschaftspolitik auf die deutsche Weinwirtschaftspolitik auseinander, welche von einem eher liberalen Rechtsrahmen des germanischen Weinrechts geprägt ist. Dem folgten die Ausführungen von Prof. Dr. Dieter Hoffmann (Forschungsanstalt Geisenheim) zur „Ökonomische[n] Bewertung der Alkoholproblematik und [den] Folgen für den Weinsektor“. Folgende Fragen lagen diesen zugrunde: Würde eine Erhöhung der Weinpreise durch eine gesundheitspolitisch motivierte Steuererhöhung die gewünschten Erfolge im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Alkoholmissbrauch erzielen? Ist tatsächlich eine Veränderung der Weinnachfrage verschiedener Konsumenten-

typen zu erwarten und welche politischen Alternativen kommen stattdessen in Betracht?

Die sich daran anschließenden Beiträge befassten sich mit der gezielten Vermarktung von Weinerzeugnissen. Zunächst widmete sich René Arnold (University of Edinburgh) der Frage „Was leistet Weinkommunikation?“. Konkret untersuchte er, ob das Flaschendesign für die Kaufentscheidung eines Kunden maßgeblich ist, ob und inwieweit ein Zusammenhang zwischen fachlicher Involviertheit des Kunden und der Kaufentscheidung aufgrund einer bestimmten Präsentation des Produktes besteht. Darüber hinaus war die Bedeutung von sozialen Netzwerken und von Werbeanzeigen auf den Ergebnissen von Internetsuchmaschinen Gegenstand seiner Untersuchung. Ebenfalls im Bereich der Konsumentenpsychologie angesiedelt war der Vortrag von Prof. Dr. Ulrich R. Orth (Universität Kiel) zum Thema „Tourismus und emotionale Kundenbindung an regionale Weine“, in dem er die Ergebnisse seiner Forschung zu den Auswirkungen des Aufenthaltes und der emotionalen Erlebnisse in einer Urlaubsregion auf die Bindung an die entsprechenden regionalen Weine nach der Abreise vorstellte. Prof. Dr. Marcel Tyrell (Zeppelin Universität Friedrichshafen) erörterte daraufhin in seinem Vortrag „Wie organisiert ein deutscher Winzer seine Exporte in die USA?“ Strategien zur Erschließung des US-amerikanischen Weinmarktes für deutsche Weine. Dabei setzte er sich insbesondere mit den Vor- und Nachteilen von drei verschiedenen Exportvarianten auseinander - dem Direktvertrieb, der direkten Zusammenarbeit mit den Händlern in den verschiedenen Bundesstaaten sowie der Zusammenarbeit mit einem zentralen Hauptimporteur.

Am zweiten Veranstaltungstag standen die rechtlichen Aspekte der Weinwirtschaft im Vordergrund, die mit einem Überblick über die „Aktuelle Rechtsprechung zum Weinrecht“ von Stefan Schlotter (Richter am LG Limburg) eingeleitet wurden. Im Fokus seiner Ausführungen standen insbesondere die allgemeine Entwicklungstendenz des Weinrechts weg vom Sonderstatus hin zu einem Bestandteil des Lebensmittelrechts, die Bewerbung ei-

nes Weines als „bekömmlich“ sowie der Deutsche Weinfond als Einrichtung zur Absatzförderung. Dr. Mathias Hütwohl (Wiesbaden) präsentierte mit seinem Vortrag zu dem Thema „Weinstraftrecht: Weindelikte im Lichte des Verwaltungs- und Europarechts“ ein dynamisches, komplexes und interdisziplinäres Rechtsgebiet - ein „kaum zu durchdringendes ‚Regelungsgestrüpp‘“ -, dessen Schutzbestrebungen primär dem Gesundheits- und Täuschungsschutz gelten und dem aufgrund des negativen Öffentlichkeitsbildes eine hohe Präventivwirkung zukommt. Abgerundet wurde die Veranstaltung von Dr. Friedhelm Leimbrock (Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten des Landes Rheinland-Pfalz) mit seinem Vortrag über „Aktuelles aus Weinwirtschaftspolitik und Weinrecht“. Gegenstand seiner Betrachtungen

waren insbesondere die Gemeinsame Agrarpolitik der EU und die im Jahre 2015 auslaufenden Pflanzungsrechtregelungen sowie die aufgrund dessen zu erwartenden weitreichenden Veränderungen in der Weinwirtschaft.

Weitere Informationen zur 4. Speyerer Weintagung finden Sie auf <http://www.dhv-speyer.de/stelkens/Weiterbildung/Weintagung4.htm>. Ein ausführlicher Tagungsbericht von Jan Porth ist abgedruckt in: NVwZ 2012, 742 f.

Die Tagungsreihe wird auch im kommenden Jahr fortgesetzt mit der 5. Speyerer Weintagung am 18./19. April 2013.

O. S./M. N.

Facebook, Google & Co. - Chancen und Risiken

Die sozialen Netzwerke sind in den letzten Jahren rasant gewachsen und haben sich für viele Menschen von einer Randerscheinung im Internet zu einem zentralen Informations- und Kommunikationssystem entwickelt. Insbesondere der Schutz der Privatsphäre rückt zunehmend in den Fokus der öffentlichen Diskussion, während sich Plattformen wie Facebook oder Google+ wachsender Kritik ausgesetzt sehen. Am 26. und 27. April 2012 fand eine hochkarätig besetzte Tagung an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer statt, welche aktuelle Fragen rund um die neuesten Entwicklungen im Bereich Social Media behandelte.

Mehr als 250 Teilnehmer besuchten die Tagung am 26. und 27. April 2012 auf dem Campus der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer. In 16 Vorträgen wurden die Chancen und Risiken von Social Media dargestellt und Strategien zum Schutz der Privatsphäre diskutiert.

Unter der wissenschaftlichen Leitung von Prof. Dr. Hermann Hill, Prof. Dr. Mario Martini und dem Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz Edgar Wagner, bereitete die Tagung die Thematik in vier Themenkomplexen auf. Mit Prof. Dr. Johannes Caspar und Dr. Thilo Weichert konnten weitere Datenschutzbeauftragte aus Hamburg und Kiel gewonnen werden. Neben zahlreichen bekannten Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft bereicherten weitere Experten den Referentenkreis der Tagung.

Frau Staatssekretärin Cornelia Rogall-Grothe, Bundesministerium des Innern, machte die Teilnehmer in ihrem Eröffnungsvortrag mit den Perspektiven des europäischen Privacy-Rechts vertraut. Sie

griff dazu die aktuelle Debatte um die Reform des Europäischen Datenschutzrechts auf und widmete sich der Frage, ob die Systematik des Datenschutzrechts dem Internetzeitalter in jeder Hinsicht angemessen ist. Eine Analyse der Privatheit (Dieter Münk, Niederlassungsleiter IBM Mainz), eine verfassungsrechtliche Positionsbestimmung in der digitalen Welt (Professor Dr. Amadeus Wolff), eine Darstellung des Nutzerverhaltens in sozialen Netzwerken (Harald Zehe, klicksafe.de) sowie damit verbundener neuer Wertschöpfungsmodelle (Prof. Dr. Boris Kühnle, Hochschule der Medien Stuttgart) bildeten den Auftakt der Betrachtungen zu den Chancen und Risiken von sozialen Netzwerken. Prof. Dr. Johannes Caspar (Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit) analysierte die aktuellen Entwicklungen von der automatischen Gesichtserkennung bis hin zur Timeline. Abgerundet wurde dieser Tagungsblock durch einen Ausflug in den „Maschinenraum“ von Facebook, zu dem Frank Rieger (Chaos Computer Club) die Teilnehmer in seinem Vortrag einlud.

Die Folgen für das Individuum (Dr. Theo Röhle, Universität Paderborn), für die Gesellschaft (Prof. Dr. Petra Grimm, Hochschule der Medien Stuttgart), aber auch für das Verhältnis zwischen Staat und Bürger, wie es vor allem durch die Diskussion über Fan-Pages der öffentlichen Hand aktuell zu Tage tritt (Ministerialdirigentin Cornelia Weis, Ministerium des Inneren, für Sport und Infrastruktur Rheinland-Pfalz), standen dann im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit.

Der erste Tagungstag mündete in eine Podiumsdiskussion unter der Leitung von Dr. Stefan Brink (Leiter Privater Datenschutz bei dem LfD RLP), die

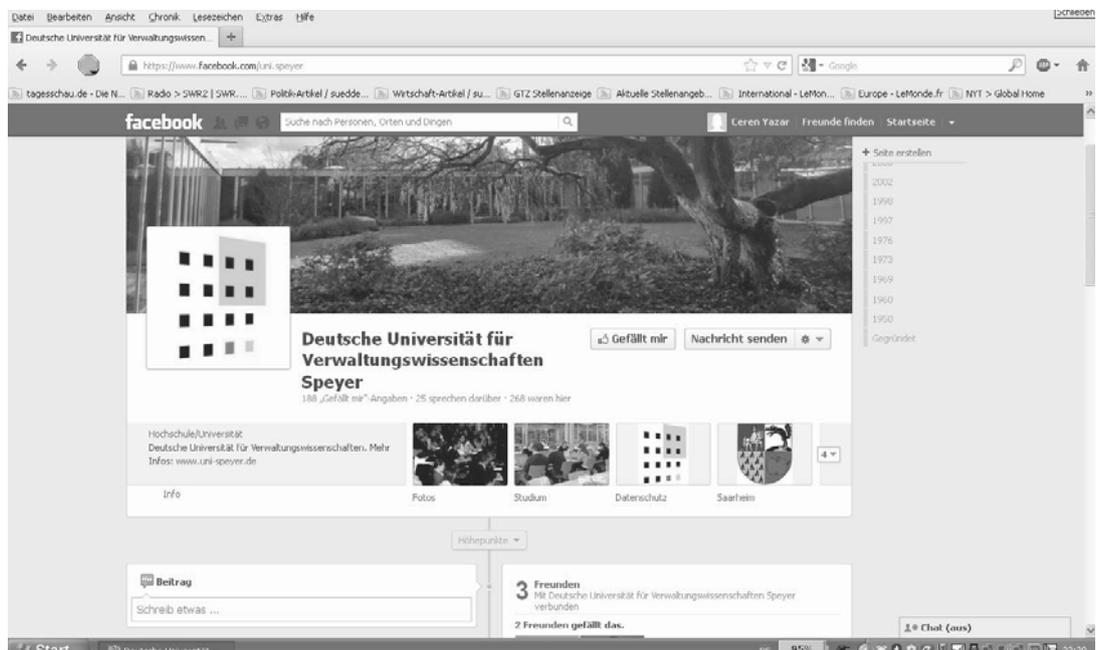
mit prominenten Vertretern der betroffenen Akteure besetzt war: Die Perspektive der Nutzer vertrat Frau Ulrike von der Lühe (Vorstand der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz). Frau Sabine Frank (Verantwortliche für Jugendschutz und Medienkompetenz bei der Google Germany GmbH) sprach stellvertretend für die Sicht der Betreiber. Als Stimme der Wirtschaft trat Herr Erik S. Meyers (Leiter globale Online- und Mitarbeiterkommunikation der BASF-Gruppe) auf das Podium. Dr. Hermann Eicher (Justiciar des SWR) präsentierte die Perspektive der Medien. Das Quintett wurde von Gabriele Lonz (Ministerium für Bildung,

Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur Rheinland-Pfalz) komplettiert, die für die betroffenen Eltern und Lehrer sprach.

Den zweiten Tag eröffnete Prof. Dr. Mario Martini mit einem Referat über die rechtlichen Herausforderungen, die sich mit der Behandlung des digitalen Nachlasses und dem Recht auf Vergessen im Social Web verbinden. Intime Details aus der digitalen Welt sollten Erben möglicherweise nicht erfahren, gleichzeitig könnte der Zugriff auf den Account des Erblassers notwendig sein, damit die Erben ggf. sich daraus ergebende wirtschaftliche Verpflichtungen erkennen könnten.

Welche Schlussfolgerungen sich aus den Veränderungen der Privatheit im digitalen Zeitalter ergeben, erörterte der letzte Tagungsblock: Die verschiedenen Strategien zum Schutz der Privatheit sollen Anstoß zum Nachdenken über die bisherigen Reaktionen der Gesellschaft und der Politik und mögliche Verbesserungsmöglichkeiten geben: In Rede steht somit die Leistungsfähigkeit des geltenden Datenschutzrechts, welches Prof. Dr. Alexander Rossnagel (Universität Kassel) auf den Prüfstand stellte. Das neue Selbstregulierungsabkommen als eine Möglichkeit der Behebung der Defizite im aktuellen Datenschutzrecht stellte Frau Susanne Deh-

mel (vom Branchenverband BITKOM e. V.) vor. Dr. Thilo Weichert (Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein, ULD) erörterte die Kontrolle durch die Datenschutzbeauftragten, insbesondere im Licht des neuen Unionsrechts. Das Diaspora Project als ein datenschutzfreundliches soziales Netzwerk präsentierte Mario von Wantoch-



Screenshot der offiziellen Facebook-Seite der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer vom 13. September 2012

Rekowski (Institut für Medienpädagogik LandesfilmDienst Rheinland-Pfalz e. V.). Zum Abschluss der Tagung ging Herr Edgar Wagner (LfD RLP) auf die Bedeutung digitaler Aufklärung und der Förderung von Medienkompetenz als Bildungsaufgabe ein.

Die Evolution der sozialen Netzwerke scheint längst noch nicht abgeschlossen - wohin die Reise am Ende gehen wird, ist noch ungewiss. Die Nutzer werden in eine immer größer werdende Gemeinschaft integriert, geben hierfür aber mehr und mehr den Schutz ihrer Privatsphäre auf. Den verantwortungsvollen Umgang mit den vielfältigen Möglichkeiten, die das Web 2.0 bietet, müssen alle Beteiligten erst noch erlernen. Die Tagung - wie auch der Forschungsverbund „Der Staat im Web 2.0.“ - leistete dazu ihren Beitrag.

Florian Ammerich/Ceren Yazar

Führung und Modernes Personalmanagement in der öffentlichen Verwaltung

Durch ständige Veränderungen der Organisationsstrukturen sowie stetige Reformbemühungen innerhalb der öffentlichen Verwaltung ist es heute, mehr denn je, erforderlich, das gesamte humane Problemlösungspotential der Organisation abzurufen. Daher ist es für leitende Mitarbeiter unabdingbar, sich mit neueren integrativen Ansätzen der Führung und des Personalmanagements auseinanderzusetzen und die Anwendung anhand von Praxisbeispielen zu verstehen. Insbesondere der Austausch mit der Privatwirtschaft kann dabei wichtige Impulse für die öffentliche Verwaltung generieren.

Vor diesem Hintergrund referierten und diskutierten am 18. und 19. September 2012 Experten aus der Privatwirtschaft und der öffentlichen Verwaltung an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer zum

Thema „Führung und Modernes Personalmanagement“.

Ziel war es, sich auf hohem Niveau mit veränderten Führungsanforderungen sowohl im privatwirtschaftlichen, als auch öffentlichen Bereich auseinanderzusetzen und vorhandene Potenziale zu erschließen. Für die Weiterbildungsveranstaltung konnten hochkarätige Referenten gewonnen werden. So sprachen beispielsweise Dr. Martin Sonnenschein, Managing Director Central Europe und Mitglied des weltweiten Board of Directors A.T. Kearney, sowie Dr. Matthias Meifert, Director und Mitglied der Geschäftsführung bei Kienbaum Management Consultants, als Referenten zu aktuellen Themen aus dem Bereich des Personalmanagements.

Weitere Referenten waren Univ.-Prof. Dr.-Ing. Ralph Bruder (Leiter Institut für Arbeits-

wissenschaft TU Darmstadt (IAD) und Präsident Gesellschaft für Arbeitswissenschaft (GfA)), Frau Dr. Martina Niemann (Chief Human Resource Officer und Mitglied der Geschäftsführung, Air Berlin), Bernhard Messinger (Leiter des Büros der Oberbürgermeisterin der Stadt Frankfurt am Main), Stephanie Dickes (HR Direktorin, Allianz Deutschland), Ulrich F. Schübel (Mitglied des Vorstands der Sektion Wirtschaftspsychologie im Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen e. V.) und Bernd Reichert (Leiter Haupt- und Personalamt, Landeshauptstadt Stuttgart).

Das Seminar richtete sich an Entscheidungsträger aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, die sich für den Themenkomplex der modernen Führung und Personalmanagement interessieren.

E-Rechnung - Zukunft der elektronischen Rechnungsbearbeitung

In Deutschland werden jährlich mehr als 8 Milliarden Rechnungen ausgetauscht. In 95 % der Fälle erfolgt dies bislang in Papierform.

Der papierbasierte Rechnungsversand bremst die wirtschaftliche Betätigung und schöpft

vorhandene Einsparungspotenziale nicht aus. Der Einsatz von IT zur Erleichterung der Kommunikation zwischen Unternehmen und der öffentlichen Hand sowie mit Hilfe einer Verkoppelung von Rechnungseingang und automatischer Weiterverarbeitung im

Back-End könnte die Kosten erheblich senken, die Prozessqualität steigern und Durchlaufzeiten minimieren - zum Vorteil von staatlichem und privatem Sektor.

Die damit verbundenen Chancen griff die Tagung „E-Rech-

nung - Zukunft der elektronischen Rechnungsbearbeitung" am 27. und 28. September 2012 an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer auf.

An der Tagung nahmen mehr als 100 Teilnehmer teil. Sie informierte über relevante Praxisbeispiele sowie über geplante Maßnahmen zum weiteren Ausbau des elektronischen Rechnungsversands und brachte die relevanten Entscheidungsträger aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft zum Dialog zusammen.

Veranstalter waren die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer (Univ.-Prof. Dr. Mario Martini) sowie das Bundesministerium des Innern (Dr. Stefan Werres) im Verbund mit dem „Forum Elektronische Rechnung Deutschland“.

Am ersten Tag standen die „Perspektiven der elektronischen Rechnungsbearbeitung“ im Mittelpunkt. Frau Ministerialdirektorin Beate Lohmann (Bundesministerium des Innern), Herr Univ.-Prof. Dr. Wolfgang König (Geschäftsführender Direktor des House of Finance, Goethe-Universität Frankfurt am Main) und Herr Staatssekretär Horst Westfeld (Bevollmächtigter für E-Government und Informationstechnologie, Land Hessen) stellten die Potentiale und Perspektiven der Elektronischen Rechnungslegung sowohl aus Bundes- als auch

aus Landessicht dar. Sie gaben einen Werkstattbericht über die aktuellen Pläne des Bundes und der Länder.

Im Sinne einer umfassenden Analyse des politischen Mehr-Ebenen-Systems nahmen im Anschluss Herr Markus Thiede (Stadt Köln), Dr. Sven-Joachim Otto (PwC Legal) und Herr Bruno Koch (Geschäftsführer Billentis) Erfahrungen und Entwicklungen zur elektronischen Rechnungslegung aus kommunaler bzw. europäischer Sicht, sowie die praktischen Folgerungen aus dem Steuervereinfachungsgesetz 2011 in den Blick.

Der zweite Tag stand im Zeichen des Themas „Rahmenbedingungen und Gestaltungsmöglichkeiten effizienter Rechnungsbearbeitungsmodelle“, knüpfte also an die Erkenntnisse des Vortages an.

Frau Ulrike Linde (Abteilungsleiterin, Bundesverband deutscher Banken) und Herr Rechtsanwalt Stefan Engel-Flehsig (Leiter Forum elektronische Rechnung Deutschland) besprachen zunächst die Anforderungen an die Infrastruktur zum Austausch elektronischer Rechnungen zwischen Wirtschaft und Verwaltung im Allgemeinen und über Zielvorgaben und Wirkungszusammenhänge für das Forum elektronische Rechnung Deutschland (FeRD) im Besonderen.

Danach referierten Herr Ministerialrat Dr. Friedrich Wilhelm

Haug (Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie) und Herr Rechtsanwalt Dr. Marius A. Boewe (Mayer Brown LLP) über Deregulierung und Bürokratieabbau durch e-Invoicing bzw. die Reaktion der Postdienstleister auf den Wandel der Briefkultur durch elektronische Medien.

SpeyerJournal Nr. 21

Sommersemester 2012

(Fortführung des SpeyerBriefs)

Impressum

Herausgeber: Der Rektor der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer

Redaktion: Referat für Information und Kommunikation der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Freiherr-vom-Stein-Str. 2, 67346 Speyer;

Tel.: 06232/654-225;

Fax: 06232/654-208;

E-Mail: strohm@uni-speyer.de

Verantwortlich: Dr. Klauspeter Strohm
Lektorat: Hildegard Gräßmer

Druck: Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Druckerei

Erscheinungsweise: einmal pro Semester, Auflage: 2.500

Nachdruck bei Quellenangabe und Übersendung eines Belegexemplars gestattet.

Fotonachweis: Uni-Speyer, Claus Ab-leiter, Luise Gruender, Bezirksregierung Köln, Lia Khathiashvili

X. Führungskolleg Speyer



Nach Beginn des X. Führungskollegs (FKS) unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill fanden im April, Juni und August 2012 die zweite, dritte und vierte Kurswoche des Füh-

rungskollegs in und außerhalb von Speyer statt. Diese drei Module waren den thematischen Schwerpunkten „Kommunikation“, „Bürgerbeteiligung“ und „eGovernment“ gewidmet. Neben kleineren Höhepunkten, die das Führungskolleg stets durch hochkarätige Referenten zu bieten hat, machte die Jubiläumsfeier des FKS zu seinem 20-jährigen Bestehen das X. Führungskolleg schon jetzt zu einem besonderen Kursjahrgang.

Einen inhaltlichen Schwerpunkt des Führungskollegs stellt die Persönlichkeitsentwicklung dar. Zur Persönlichkeitsentwicklung gehören die Führung der eigenen Person, die Reflexion des eigenen Handelns sowie die Entwicklung persönlicher und sozial-kommunikativer Kompetenzen. Entsprechend behandelte die zweite Kurswoche verschiedene Facetten von Kommunikation, vom persönlichen Auftritt über die Kommunikation mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bis hin zur Unternehmenskommunikation und



Klaus Jancovius, SWR, mit Kollegiaten bei einem simulierten Fernsehinterview

Fotos: Uni Speyer

insbesondere für Fernsehinterviews aufzubauen und zu verstärken. Dieser Kurseinheit folgten unter der Leitung von Burkhard Margies, Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer, Übungen, mit denen die Fähigkeit erhöht werden sollte, Behördensprache präzise und zugleich verständlich zu formulieren. Am Beispiel der Unternehmenskommunikation der BASF diskutierten die Kursteilnehmer mit Jennifer Moore-Braun und Brigitte Koschnitzki, BASF Ludwigshafen am Rhein, inwieweit die dortigen Grundsätze und Erfahrungen auf den öffentlichen Sektor übertragen werden können.

Staatskommunikation. So halfen Übungen zum Verhalten vor der Kamera mit Klaus Jancovius, SWR, Leiter der badischen Fernsehredaktion, entsprechende Kompetenzen

Dass sich die Staatskommunikation im Laufe der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von einer klassischen Öffentlichkeitsarbeit hin zu modernen dialogischen und interaktiven Formen gewandelt hat, verdeutlichte der Workshop zur modernen Staatskommunikation mit Dr. Ulrich Stempel vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Berlin. Für die Übungen, die die KollegiatInnen hierzu durchführten, diente der Bürgerdialog im Rahmen des Zukunftsdialoges der Bundeskanzlerin als Beispiel. Einen schönen Abschluss fand dieser Kurstag mit einem Hintergrundgespräch über politische Kommunikation mit Dr. Heiner Geißler, Bundesminister a. D.



Dr. Heiner Geißler, Bundesminister a. D. mit Kollegiat Dr. Götz Wettich

Geißler berichtete über seine langjährigen Erfahrungen in der Politik. Ein wichtiges Stichwort war hier „Transparenz“. Auch der Konflikt um das Bahnprojekt „Stuttgart 21“, bei dem Geißler als Vermittler agierte, war u. a. Thema im Zusammenhang mit Formen der Bürgerbeteiligung.

In einem Workshop zum konstruktiven Umgang mit Konflikten für Führungskräfte mit Dagmar Ulrichs vom Schulz-von-Thun-Institut für Kommunikation, Hamburg, lernten die Teilnehmer, die sozial-kommunikativen Kompetenzen im Umgang mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu verbessern. Zum Abschluss der Kurswoche erfolgte die Beantwortung und Auswertung von Fragebögen zum multidirektionalen Feedback zur Führung und Zusammenarbeit durch die KollegiatInnen unter der Leitung von Univ.-Prof. (em.) Dr. Rudolf Fisch (Speyer/Konstanz).

Mit einem Höhepunkt gleich zu Beginn starteten die KollegiatInnen in die dritte Kurswoche mit dem Schwerpunkt „Bürgerbeteiligung“: Das Führungskolleg feierte im Rahmen des regelmäßig stattfindenden Follow Up Treffens mit ehemaligen KollegiatInnen in der Aula der Universität sein 20-jähriges Bestehen. An den Feierlichkeiten nahmen über 100 Gäste, darunter über 70 - ehemalige und die derzeitigen - KollegiatInnen des Führungskollegs teil.

Als Auftakt bot das Führungskolleg dabei einen Vortrag mit regen Diskussionen zum Thema „Die Zukunft der Arbeit“ mit Jeanette Huber, Mitglied der Geschäftsleitung des Zukunftsinstituts GmbH - Internationale Gesellschaft für Zukunfts- und Trendberatung, Kelkheim/Taunus. Dem schloss sich im nächsten Programmabschnitt ein Rückblick zu den Anfängen des Führungskollegs an: „Das FKS - Wie alles begann“, so lautete die Rede von Univ.-Prof. (em.) Dr. Carl Böhret, der Rektor der DHV zum Zeitpunkt der Gründung des Führungskollegs und wissenschaftlicher Leiter des zweiten Führungskollegs gewesen ist. Ihm folgend berichteten jeweils aus den Führungskollegjahren I - IV ein ehemaliger Kollegiat bzw. Kollegiatin über die Höhepunkte ihres jeweiligen Kurses. Nach einem Grußwort von Univ.-Prof. Dr. Joachim Wieland, Rektor der Deutschen Universität für Verwaltungs-



Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill, wissenschaftl. Leiter des FKS mit MP Kurt Beck, Rheinland-Pfalz, bei der Podiumsdiskussion im Rahmen der Jubiläumsfeier des FKS

wissenschaften Speyer, begrüßten die Teilnehmer den rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck, der zu „Bürgerbeteiligung in Rheinland-Pfalz“ vortrug. In der anschließenden Diskussion wurden u. a. die Frage nach der Beschleunigung der Bürgerbeteiligung sowie die Macht der sozialen Plattformen im Internet thematisiert. Zum Schluss wurden auch aktuelle Fragen zur EU-Politik diskutiert. Zum Ausklang des Tages trafen sich die Teilnehmer der einzelnen Kurse des Führungskollegs, mit einem gemeinsamen Abendessen aller Teilnehmer im Domhof in Speyer endete schließlich der erste Teil des Follow Up Treffens. Den zweiten Teil des Follow Up Treffens leitete Christina Tillmann, Bertelsmann Stiftung Gütersloh mit einem Vortrag und Workshop über die „Erfolgsfaktoren für Bürgerbeteiligung“ ein. Anschließend setzten die KollegiatInnen des X. Führungskollegs das reguläre Programm mit einem Gespräch mit Mitgliedern der Enquetekommission „Aktive Bürgerbeteiligung für eine starke Demokratie“ im Landtag Rheinland-Pfalz fort. Dieser Tag wurde mit einem Vortrag von



Ehemalige KollegiatInnen von Unruh, Meier, Baum, Weinert, Palmen und Univ.-Prof. (em.) Dr. Böhret (2. v. l.) bei der Jubiläumsfeier des FKS zum 20-jährigen Bestehen

Univ.-Prof. Dr. Ulrich Sarcinelli, Vizepräsident der Universität Koblenz-Landau, zu gesellschaftlichem Wandel, Demokratie und Politikvermittlung abgerundet. Stichworte der anschließenden Diskussion waren dabei „neutrale Stelle bei Bürgerbeteiligung“, „Elitendemokratie“, „frühzeitige Beteiligung“ sowie das Zitat „Wer den Zeitgeist heiratet, ist morgen schon Wittwer“.

Einen weiteren Höhepunkt dieser Kurswoche bildete ohne Zweifel der dritte Kurstag des Führungskollegs, der in Stuttgart im Neuen Schloss stattfand. In dem schönen Ambiente des „Bürgerschlosses“, das nur besonderen Anlässen vorenthalten ist, nutzten die KollegiatInnen die Möglichkeit, ein sehr ergiebiges Gespräch mit Gisela Erler, der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung im Staatsministerium Baden-Württemberg, zu führen. Erler betonte u. a., dass die Geschichte der Demokratie nicht immer geradeaus ging, dass aber Linien der Bürgerbeteiligung schon weit vor „Stuttgart 21“ da gewesen seien. Diese seien nicht als Beteiligungsproblematik in Erscheinung getreten, sondern vielmehr als bürgerschaftliches Engagement - Organisationen an Menschen, die etwas Gutes tun würden - gesehen worden. Erler verlangte, dass die Vorbeteiligung der Bürger mehr entwickelt werden müsse und nannte in diesem Zusammenhang auch online-Beteiligungen und open data. Auch Erler war ihrerseits sehr an den Erfahrungen der KollegiatInnen zum Thema interessiert. Zum Abschied lobte Erler das Speyerer Führungskolleg mit den Worten, es sei ein „sehr wertvolles Netzwerk“, das die KollegiatInnen weiter pflegen sollten.

Auf diesen Programmpunkt folgten Gespräche mit Univ.-Prof. Dr. Frank Brettschneider, Inhaber des Lehrstuhls für Kommunikationswissenschaft, Uni-



Staatsrätin Gisela Erler mit Moderator Torsten Kram, Neues Schloss Stuttgart.

versität Hohenheim sowie mit Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Ortwin Renn, Institut für Sozialwissenschaften, Abteilung für Technik- und Umweltsoziologie, Universität Stuttgart, zu den Themen „Legitimation durch Kommunikation“ und „Bürgerforum Stuttgart“. Mit einer Diskussion mit Jochen Stopper, Stadtrat (Bündnis 90/Die Grünen), zum „Aktionsbündnis Stuttgart 21“ endete ein sehr informativer



KollegiatInnen beim Gespräch mit Staatsrätin Gisela Erler im Neuen Schloss, Stuttgart.

und gelungener Kurstag in Stuttgart. Zurück in Speyer hatten die KollegiatInnen wieder die Möglichkeit, sich nicht nur in Gesprächen einzubringen, sondern aktiv und gestalterisch tätig zu sein. Gelegenheit hierzu bot der ganztägige Workshop mit Dr. Oliver Märker, Zebralog GmbH & Co. KG, Bonn. In kleinen Arbeitsgruppen zu verschiedenen fiktiven, aber durchaus realen Projekten erprobten die KollegiatInnen unter Anwendung der bisher erlangten Vorkenntnisse die Organisation und das Verfahren von Bürgerbeteiligung unter Berücksichtigung neuer Medien.

Dialog und Beteiligung landesweit organisieren – dies erläuterte Henning Banthien, Geschäftsführer der Gesellschafter IFOK GmbH, Berlin, am Beispiel der Geschäftsstelle „Dialog schafft Zukunft“ in NRW. Ein schönes Schlussprogramm wurde den KollegiatInnen mit der Einladung von Pavel Mayer,

Piratenfraktion im Abgeordnetenhaus Berlin, und seinem Vortrag zu „Liquid Democracy“ geboten. Bei Liquid Democracy handle es sich um eine Mischform zwischen indirekter und direkter Demokratie. Während bei indirekter Demokratie ein Delegierter zur Vertretung der eigenen Interessen bestimmt werde und bei direkter Demokratie alle Interessen selbst wahrgenommen werden müssten, ergebe sich bei Liquid Democracy ein fließender Übergang zwischen direkter und indirekter Demokratie. Innerhalb der verschiedenen Delegationsmuster – Kette, Stern, Kreis – könne jeder Teilnehmer selbst entscheiden, wie weit er seine eigenen Interessen wahrnehmen möchte. Wichtigstes Medium hierbei stellt das Internet dar. Ein Kollegiat stellte insoweit die berechnete Frage: „Was macht ein Pirat ohne Internet?“

Insgesamt handelte es sich um eine sehr ereignisreiche und auch erfolgreiche dritte Kurswoche.

Die vierte Kurswoche, die Ende August 2012 stattfand, war als Reiseweche in die Hauptstädte der FKS-Teilnehmerländer Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern gestaltet. Schwerpunktthema der Woche war „eGovernment“. Dabei ging es insbesondere um Fragen der Öffnung der Verwaltung und Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern (Open Government), um soziale Netzwerke in und zwischen Verwaltungen sowie um Fragen des Informationsmanagements und der Informationssicherheit. Umgesetzt wurde dies in Vorträgen und Workshops von Mitarbeitern des Kieler Lorenz-von-Stein-Instituts, Timm Christian Janda, Dr. Sönke Schulz, Jakob Tischer und Dr. Christian Hoffmann, sowie mit dem Vorstandsvorsitzenden von Dataport Hamburg Dr. Johann Bizer und dem bundesweit bekannten Datenschutzbeauftragten des Landes Schleswig-Holstein, Dr. Thilo Weichert. Zu diesem Themenblock gehörten ebenso Vorträge und Workshops im Datenverarbeitungszentrum Mecklenburg-Vorpommern GmbH mit dessen Geschäftsführer Hubert Ludwig und seinen Mitarbeitern.

Ein weiterer Schwerpunkt lag in der Rolle der Landesparlamente und ihrem Verhältnis zu den Landesregierungen. In diesen Kontext gehörten zum einen Diskussionen im schleswig-holsteinischen Landtag mit dessen Direktor Prof. Dr. Utz Schliesky, der zur Europafähigkeit der Landtage referierte. Der mit Spannung verfolgte Beitrag des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages Klaus Schlie musste wegen eines durch einen Paketbombenverdacht ausgelösten Alarms leider abgebrochen

werden. Die Teilnehmer des Führungskollegs hatten somit die sonst selten dargebotene Möglichkeit, an einem Evakuierungsprogramm des schleswig-holsteinischen Landtages teilzunehmen. Glücklicherweise konnte nach etwa zwei Stunden Entwarnung gegeben und das Programm fortgesetzt werden.

Ebenfalls Teil des Schwerpunktes waren die Umsetzung der Kreisgebietsreform und die Haushaltskonsolidierung in Mecklenburg-Vorpommern. In den Räumlichkeiten des Justizministeriums in Schwerin berichtete Thomas Lenz, Staatssekretär im Ministerium für Inneres und Sport, Mecklenburg-Vorpommern, in einem Gespräch über die Herausforderungen der Kreisgebietsreform. Mecklenburg-Vorpommern verfügte nach der Wende über 31 Landkreise und 6 kreisfreie Städte, die infolge der Kreisgebietsreform 1994 zu 12 Landkreisen bei Beibehaltung der 6 kreisfreien Städte neu strukturiert wurden. Die demografische Entwicklung und damit einhergehend auch die Entwicklung der Kreishaus-



Das aktuelle X. Führungskolleg Speyer vor dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie Schleswig-Holstein

halte machten bereits zum Ende der 90er Jahre eine weitere Reformnotwendigkeit deutlich, die zur Verabschiedung des Verwaltungsmodernisierungsgesetzes vom 23. Mai 2006 führte. Das Gesetz wurde durch das Landesverfassungsgericht im Jahre 2007 für verfassungswidrig erklärt. Maßgeblich hierfür waren insbesondere prozedurale Defizite, die durch einen zweiten Anlauf in Form des Kreisstrukturgesetzes im Jahre 2010 behoben wurden. Dieses wurde durch das Landesverfassungsgericht im August 2011 für verfassungsgemäß erklärt. Mit der Wahl zum Landtag Mecklenburg-Vorpommern am 04. September 2011 trat das Gesetz in Kraft und bestimmt heute in weiten Teilen die kommunalpolitische Alltagsdiskussion. Im Zusammenhang mit der Umsetzung der Reform ging Lenz auch auf die persönlichen Herausforderungen für eine Führungskraft, die solche Reformen um- und durchsetzt, ein



Dr. Thilo Weichert, Datenschutzbeauftragter des Landes Schleswig-Holstein

und betonte, dass Kompetenz allein nicht genüge, vielmehr die Fähigkeit zu kooperativem Denken und Arbeiten unabdingbar sei.

In einem Gespräch mit Dr. Jost Mediger, Staatssekretär im Finanzministerium Mecklenburg-Vorpommern, erfuhren die KollegiatInnen die Voraussetzungen und Erfolgsfaktoren für eine Haushaltskonsolidierung. Mediger betonte unter anderem, dass der Konsens über die Zielsetzung die Basis für eine erfolgreiche Haushaltskonsolidierung sei und dass diese sehr häufig genau daran scheitern würde.

Das Programm wurde zusätzlich durch aktuelle Vorträge und Diskussionen mit herausragenden Wissenschaftlern zu den Themen „Eurokrise“ und „Klimawandel“ in Kiel ergänzt. Als Referenten für interessante Vorträge und lebhaftes Diskussionsmaterial konnte das Führungskolleg Prof. Dr. Joachim Scheide, Leiter des Prognose-Zentrums des Instituts für Weltwirtschaft, und Prof. Dr. Mojib Latif vom GEOMAR Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung gewinnen. Außerdem leiteten Gespräche mit Mitarbeitern des Kompetenzzentrums für Verwaltungsmanagement (KOMMA) in Kiel, darunter Prof. Dr. Ingelore Welpke vom Institut für Strategisches Human Resource Management, sowie Claudia Zempel, der Dezernentin des Städteverbandes Schleswig-Holstein, zu den Themen „Personalentwicklung und Personalmarketing“ über zum Schwerpunktthema „Personal“ in der kommenden fünften Kurswoche, über die in der nächsten Ausgabe des SpeyerJournals berichtet wird.

Ceren Yazar

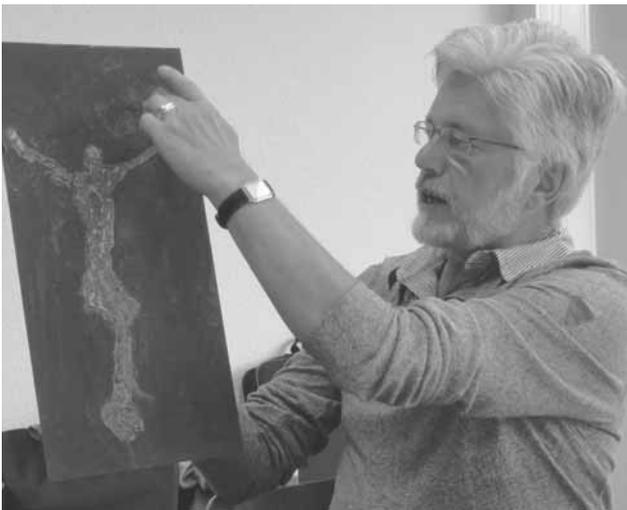
Neues aus der Hochschuleseelsorge



Morgenimpuls

Fotos: Gruender

Das Semesterprogramm der KHG/ESG (Katholische und Evangelische Hochschulgemeinde) an der Universität startete wieder mit der Semester-Eröffnungs-Frühsticht, die anschließend jede Woche immer mittwochs morgens um 8.00 Uhr im Clubraum 3 stattfand, mit - ganz wichtig - einem anschließenden gemeinsamen Frühstück. Unser Clubraum war immer sehr gut gefüllt - oft mussten wir noch weitere Stühle holen.



Mit Künstler Peter H. Quick im Clubraum 3

Ein besonderes Ereignis war hier der Besuch von Künstler Peter H. Quick. Er erzählte uns, wie seine Werke, die alle Hörer/innen vor dem Auditorium maximum schon im „Vorbeigehen“ gesehen hatten, entstehen. Erst jetzt wussten alle die Kunst richtig zu würdigen, so die einhellige Meinung der Anwesenden. Die Ausstellung trägt den Titel „Veränderungen“. So verändern sich die Kunstwerke im Laufe der Zeit und durch die veränderte Wahrnehmung der Betrachter: Handelt es sich um einen „Flaschengeist“ oder eine Jesus-Darstellung? Herr Quick stellte uns anhand eines Bildes vor, dass das einzig Beständige in unserem Leben die Veränderung sei. Gedanken entstehen und hinterlassen Spuren. Im Hinblick darauf sind Vergehen und

Werden stets der Anfang von Neuem. „Ich male - also bin ich“, so der Künstler.

Auch in diesem Semester gab es wieder zwei Domführungen: Die erste fand mit über 70 Zuhörer/innen und Domkapitular und Domdekan Dr. Christoph Kohl zu Beginn des Semesters statt. Nach vielen Informationen rund um und im Weltkulturerbe gab es dann auch noch ein kleines „Privat-Konzert“ von Domorganist Markus Eichenlaub, das



Domführung

alle mächtig beeindruckte. Mit den wunderschönen Orgelklängen im Ohr ging es dann noch in den „Domnapf“, um den Abend gemütlich ausklingen zu lassen. Die zweite Dombesichtigung führte am Ende des Semesters Hochschuleseelsorgerin Luise Gruender.

Mit ausschließlich weiblicher Beteiligung fand die Semester-Wanderung statt: Zunächst führen wir mit dem Zug über Neustadt nach Edenkoben. Von dort liefen wir - am Gewitter vorbei - durch die Weinberge zur Villa Ludwigshöhe. Hier kam die „Fahrrad“-Gruppe dazu. Der Sessellift brachte alle wohlbehalten zur Rietburg. Dort kehrten wir zur Erholung ein, um uns danach am Wildgehege vorbei an den Abstieg Richtung Rhodt zu wagen. Mit dem Zug ging es schließlich nach Speyer zurück, wo einigen dann doch ein wenig die Beine



Wanderung zur Villa Ludwigshöhe



Führung in der Synagoge in Speyer

schmerzten.

Auch unter Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Universität fand dieses Semester eine Führung in der neu eröffneten Speyerer Synagoge statt. Endlich, so sagten viele, kommen wir mal hinein. Gespannt lauschten alle dem Vortrag von Herrn Daniel Nemirovsky, dem Geschäftsführer der jüdischen Kultusgemeinde der Rheinpfalz. Er ging auf viele Fragen ein und versuchte den jüdischen Glauben für uns Christen verständlicher zu machen.

Weitere KHG- und ESG-Aktionen fanden unter Beteiligung von Hörer/innen statt. Um einige Beispiele zu nennen:

- Eine Führung in der Gedächtniskirche: Pfarrer Uwe Weinerth machte es möglich auf den Turm hinauf zu steigen. Von hier oben hatte man einen wunderschönen Blick auf die Stadt Speyer.
- Verschiedene Orgelkonzerte im Dom begeisterten die Hörer/innen, darunter auch der 2. Speyerer Orgelspaziergang - oder die Kulturnacht.
- Eine Gruppe besuchte zusammen den Deutschen Katholikentag 2012 in Mannheim. Das Programm war so vielfältig, dass alle abends müde - aber auch sehr bereichert - nach Speyer zurückkamen.

Wieder ein Höhepunkt im Semester war auch die traditionelle Pfälzer Weinprobe der Hochschuleseelsorge. Sie fand im großen Saal des Friedrich-Spee-Hauses statt - mit einem schönen Blick auf den Dom. Winzerehepaar Petra und Ludwig Eberley aus Neustadt-Geinsheim erklärte, wie man von der Weintraube zu einem guten Glas Wein kommt. Nebenher flüchteten alle dann ab und an auf den

Flur, um das Spiel der Fußball-Europa-Meisterschaft zu verfolgen. Als aber klar war, dass Deutschland verliert, war der Wein und auch die Pfälzer Platte dann doch wieder spannender. Und es war so doch ein rundum gelungener Abend.

„Wieviel Kirche braucht die Gesellschaft?“, fragte der Präsident der Evangelischen Kirche der Pfalz Christian Schad im Rahmen eines

Abendvortrags in der Aula. Über diese Frage wurde dann auch anschließend mit uns Hochschuleseelsorgern heftig gerungen. Denn eine einfache Antwortthese gibt es auf diese gesellschaftspoliti-



Weinprobe

sche Anfrage nicht.

Alles in allem war es ein schönes Sommersemester 2012 mit vielen motivierten Hörerinnen und Hörern. - Jetzt freuen wir uns auf das Wintersemester 2012/2013 und grüßen Sie alle sehr herzlich,

*Ihre Hochschuleseelsorger
Pastoralreferentin Luise Gruender
(Katholische Kirche)
und
Pfarrer Michael Erlenwein
(Evangelische Kirche).*

„Girls Day“ an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer

Die Uni Speyer nahm im April 2012 erstmalig am jährlich und deutschlandweit stattfindenden „Girls Day“ teil und bot in der Hausdruckerei zwei Stellen an.

Der „Girls Day“ ist eine wichtige Veranstaltung für Mädchen, da sie anhand von praktischen Aufgaben und Tätigkeiten schon früh die Möglichkeit bekommen, auch Interesse an technischen oder handwerklichen Berufen zu entwickeln.

Zwei Mädchen einer 7. Klasse konnten sich an diesem Tag einen Eindruck über die Arbeit in einer Druckerei verschaffen. Herr Müller und Herr Magin,

Mitarbeiter unserer Druckerei, erklärten die verschiedenen Auf-



In der Hausdruckerei konnten sich die Schülerinnen aktiv einen Einblick in die Arbeitswelt verschaffen

Foto: Uni Speyer

gaben und die dazu benötigten Maschinen, wie Sortierer oder Druckmaschine. Das Angebot war so gestaltet, dass die Mädchen viel selbst aktiv

ausprobieren konnten, um die Aufgaben in diesem technischen Bereich kennenzulernen. So durften sie einen Schreibblock selbst erstellen, der zuerst geklebt und dann an der Schneidemaschine in die richtige Größe gebracht wurde.

Allen Beteiligten hat der Tag viel Spaß gemacht und es war schön, ein positives Feedback der Mädchen zu bekommen.

Auch im nächsten Jahr wird sich die Uni Speyer wieder an dieser Aktion beteiligen.

Claudia Wiora

Netzwerk Betriebliche Gesundheitsförderung Speyer

Seit Februar 2011 ist die Universität Speyer Mitglied des „Netzwerkes Betriebliche Gesundheitsförderung Speyer“. In der heutigen Zeit ist Betriebliches Gesundheitsmanagement ein wichtiger Bestandteil fast jeden modernen Unternehmens. Die Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und deren Wohlbefinden sind für die Universität daher von großer Bedeutung.

Das Netzwerk wurde im Jahr 2004 gegründet und umfasst mittlerweile mehr als 20 Betriebe, Behörden und Institutionen. Durch die kooperative Zusammenarbeit mit den beteiligten Unternehmen und Verwaltungen kann den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein breit gefächertes Angebot gesundheitsfördernder Maßnahmen kostengünstig angeboten werden. Verschiedene Aktionen der Kooperationspartner ergänzen das schon umfassende Angebot.

Der aktuelle Kursplan sowie einzelne Angebote sind im Intranet abrufbar.

Mittlerweile werden viele der angebotenen Aktivitäten und Veranstaltungen von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Uni Speyer gerne genutzt.

Bei der jährlich in der Fastenzeit stattfindenden Netzwerk-Aktion „Weg-mit-dem-Speck“ haben sich in der Uni wieder Mitstreiterinnen und Mitstreiter gefunden, die dieses Angebot nutzen, um etwas für ihre Gesundheit zu tun. Denn in diesem Zeitraum bieten viele Kooperationspartner verschiedene Aktionen an, wie zum Beispiel Vorträge über gesunde Ernährung oder Gutscheine zur verbilligten oder gar kostenfreien Nutzung ihrer Fittnesseinrichtungen. Auch im nächsten Jahr wird sich die Uni Speyer wieder beteiligen.

Auch weiterhin wird sich die Universität Speyer für das Gesundheitsmanagement stark machen. Die geplante Herzvorsorgeuntersuchung der Aktion „Netzwerk mit Herz“, wird aus terminlichen

Gründen der beteiligten Ärzte erst im nächsten Jahr in unserem Haus durchgeführt. Außerdem planen wir einen Gesundheitstag sowie Gesundheitsvorträge.

Die Gesundheit ist ein hohes Gut, sowohl für jeden Einzelnen, als auch für Gesellschaft und Unternehmen. Modernes betriebliches Gesundheitsmanagement setzt nicht mehr nur auf Rückentraining und Arbeitsschutz, sondern baut auf eine gesundheitsfördernde Unternehmenskultur. Das Netzwerk Betriebliche Gesundheitsförderung Speyer bildet eine Plattform für

Unternehmen und Institutionen, die in der betrieblichen Gesundheitsförderung aktiv sind oder es werden wollen. Die Bedürfnisse der Mitarbeiter und der Betriebe stehen im Mittelpunkt.

Ansprechpartner der Uni Speyer für das Netzwerk Betriebliche Gesundheitsförderung sind Frau Claudia Wiora (Tel.: 654-272; E-Mail: wiora@uni-speyer.de) und Herr Klaus-Dieter Schütt (Tel.: 654-236; E-Mail: schuett@uni-speyer.de).

Claudia Wiora

Bericht der Gleichstellungsbeauftragten

Am 25. Juli 2011 wurde Frau Veith-Joncic vom Senat zur Gleichstellungsbeauftragten gewählt. Seit dieser Zeit konnten einige Projekte angestoßen werden.

Das Projekt „Frauenförderplan“ wurde durch die leitende Verwaltungsbeamten, Frau Christiane Müller, aufgegriffen und bearbeitet. Der Plan wurde im Gleichstellungsausschuss und mit der Gleichstellungsbeauftragten diskutiert, die angeregten Änderungen wurden eingearbeitet. Der Plan soll in der 1. Senatssitzung des Wintersemesters 2012/2013 verabschiedet werden. Ein wesentlicher Punkt des Plans sieht vor, dass bis zum Jahr 2018 40 % der Lehrstühle durch Frauen besetzt sind. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Förderung der Hörerinnen.

Ab Wintersemester 2012 wird es eine Lehrveranstaltung geben, in der Frauen aus Industrie, Wissenschaft und Verwaltung Praxisvorträge anbieten, um Einblicke in Berufsperspektiven zu geben. Für den ersten Vortrag konnte die Gleichstellungsbeauftragte Frau Privatdozentin Dr. Christel Weiß von der Medizinischen Statistik, Biomathematik und Informationsverarbeitung der Universität Heidelberg gewinnen. Weitere Damen sind angefragt.

Da die Quote der Doktorandinnen an der Universität Speyer erhöht werden soll, hat die Gleichstellungsbeauftragte angeregt, ein Stipendienprogramm für Doktorandinnen zu initiieren. Der Rektor finanziert drei Stipendien, die Doktorandinnen in der Startphase der Promotion unterstützen sollen. Die Stipendien laufen jeweils über ein halbes Jahr mit 800 Euro monatlich. Die genauen Daten sind auf der Website

der Universität Speyer nachzulesen.

Im Land Rheinland-Pfalz gibt es die Klara Marie Faßbinder Gastprofessur, die mit 25.000 Euro dotiert ist. Diese Professur wird im Rotationsprinzip an die Universitäten und Fachhochschulen vergeben. Die Gleichstellungsbeauftragte konnte die Professur für die Universität Speyer für das Wintersemester 2013/2014 gewinnen. Die Professur wird durch eine „kleine“ Berufungskommission besetzt werden.

Unter Beteiligung der Gleichstellungsbeauftragten wurde an der Universität Speyer ein Eltern-Kind-Zimmer eingerichtet, das allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Hörerinnen und Hörern die Möglichkeit gibt, ihre Kinder im Notfall an der Universität zu betreuen.

In verschiedenen Gremien nahm Frau Veith-Joncic aktiv an Vorschlägen zur Novellierung des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) Rheinland-Pfalz teil, das im Jahr 1997 verabschiedet wurde. Diese Novellierung des seit 17 Jahren geltenden LGG ist notwendig, um den aktuellen Anforderungen und Herausforderungen einer modernen Frauen- und Gleichstellungspolitik gerecht zu werden, die Novellierung ist Bestandteil des rot-grünen Koalitionsvertrages 2011-2016.

Auf Anregung der Gleichstellungsbeauftragten hin haben sich die Sekretärinnen in einem Arbeitskreis Sekretariat vernetzt. Die Sprecherinnen, Frau Mareke Schröder und Frau Martina Dieterle, organisieren für ihre Kolleginnen Weiterbildungsveranstaltungen. Die Arbeit ist dokumentiert auf einer eigenen Website.

V.J.

Familienfreundlichkeit an der Uni Speyer

Die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer ist seit vielen Jahren aktives Mitglied des „Runden Tisches zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ der Stadt Speyer.

Etliche Speyerer Behörden und Einrichtungen haben sich im Jahr 2002 am „Runden Tisch“ zusammengeschlossen, um Lösungen bei Problemen der Kinderbetreuung zu finden.

Dafür wurde der Runde Tisch im Februar 2012 als „Bündnis des Monats Februar“ von den Lokalen Bündnissen für Familie, einer Initiative des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, ausgezeichnet.

Durch ständige Mitarbeit am Runden Tisch und großem Engagement in den dazugehörigen Arbeitskreisen und das Mitwirken im Arbeitskreis der Metropolregion Rhein-Neckar konnten für Mitarbeiter und Hörer viele verschiedene Betreuungsmodelle geschaffen werden.

Seit März 2012 läuft das neueste Projekt, eine Nachmittags- und Hausaufgabenbetreuung für Kinder der fünften und sechsten Klassen, das von pädagogischen Fachkräften geleitet wird. Im umgebauten Gemeindezentrum in Speyer-West, der „Quartiersmensa“ haben 20 Kinder die Möglichkeit, dieses Betreuungsangebot zu nutzen. Es umfasst zusätzlich ein warmes Mittagessen sowie Spiel- und Sportmöglichkeiten. Nähere Informationen erteilt die Gleichstellungsstelle der Stadt Speyer, Tel. 06232 142267 / gleichstellungsstelle@stadt-speyer.de .

Möglichst schnell nach kurzer Elternzeit wieder in den Beruf zurückzukehren, machte ein weiteres erfolgreiches Projekt des „Runden Tisches“ möglich. Im „Kinderland Tafelsbrunnen“ werden Kinder unter 3 Jahren der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Speyerer Behörden und Betriebe durch pädagogisches Fachpersonal und qualifizierte Tagesmütter betreut. Durch das Kinderland wird eine Ergänzung zu bestehenden Betreuungsangeboten in Kitas oder bei Tagesmüttern geschaffen. Eine Besonderheit ist auch, dass die Betreuung wohnortunabhängig ist. Ausschlaggebend ist der Arbeitgeber, der durch Mitgliedschaft beim Runden Tisch einen Beitrag zum Projekt leistet.

Der von den Behörden des Runden Tisches gegründete Förderverein unterstützt neben dem Kinderland auch die beiden schon seit Jahren beliebten Ferienaktionen der „Wilden 13“, die sowohl in den ersten beiden Wochen der Sommerferien als auch eine Woche in den Herbstferien stattfinden.

In Kooperation mit dem Judosportverein Speyer werden für Kinder im Alter von 6 bis 12 Jahren at-

traktive Ferienprogramme zusammengestellt. Die Betreuungszeiten orientieren sich an den Arbeitszeiten der Eltern, damit keine Zeitengpässe entstehen.

Zusätzlich stehen bei plötzlichen Betreuungsgängen die „Notfallbörse“, die über den Kinderschutzbund Speyer zu erreichen ist, sowie die Kinderbetreuungsdatenbank der Metropolregion Rhein-Neckar zur Verfügung.



Das neu eingerichtete Eltern-Kind-Zimmer an der Universität Speyer
Foto: Claus Ableiter

Etwas später als geplant konnte Anfang Juli 2012 das Eltern-Kind-Zimmer der Universität Speyer seine Pforten öffnen. Es steht allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zur Verfügung, die einen Betreuungsgang haben und kann ebenfalls als Ruheort für Schwangere oder Stillende genutzt werden.

Ausgestattet mit Schreibtisch, Telefon und Drucker sowie der Möglichkeit, ein mitgebrachtes Laptop ans Netz anzuschließen, ist der Raum ein nahezu vollwertiges Büro. Außerdem verfügt das Eltern-Kind-Zimmer über Schlaf- und Spielmöglichkeiten für das Kind, einen eigenen Sanitärbereich mit Nasszelle und einen mobilen Wickeltisch. Dieser kann auch (auf Wunsch mit Spielzeug bestückt) für das eigene Zimmer angefordert werden.

Ebenfalls steht den Benutzern des Eltern-Kind-Zimmers die Etagenküche zum Erwärmen von Speisen zur Verfügung. Der Raum befindet sich im Gästehaus Freiherr vom Stein, wo zusätzlich ein Eltern-Kind-Parkplatz reserviert ist.

Mit der Einrichtung des Eltern-Kind-Zimmers hat die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften einen weiteren wichtigen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf geschaffen. Ansprechpartnerin der Universität Speyer für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist Frau Claudia Wiora (Tel. 654-272; E-Mail: wiora@uni-speyer.de).

Claudia Wiora

Personalia (1. April 2012 bis 30. September 2012)

a) Einstellungen

- 01.04.12 Heu, Johannes, wiss. Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Martini
01.04.12 Hebbecke, Christoph, Dr., wiss. Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Martini
01.04.12 Yazar, Ceren, Assessorin, wiss. Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Hill/FKS, (vorher wiss. Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Weiß)
01.04.12 Wälder, Nadine, M. A., wiss. Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Frau Univ.-Prof. Dr. Morner
23.04.12 Jöckel, Charlotte, wiss. Hilfskraft im Studiengang Wissenschaftsmanagement (M.P.A.)
01.05.12 Klickovic, Daniel, wiss. Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Wirtz
01.05.12 Thomas, Marc-Julian, wiss. Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Wirtz
01.05.12 Schade, Anna, M. A., wiss. Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Wirtz
10.05.12 Kane, Anna, wiss. Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Weiß
14.05.12 Díaz-Carreño, Martina, Sekretärin am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Ziekow
15.05.12 Kühl, Benjamin, wiss. Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Martini
15.05.12 Demper, Maximilian, wiss. Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Weiß
01.06.12 Fongern, Tim, wiss. Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Weiß
01.06.12 Zickert, Steffen, wiss. Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Martini
01.06.12 Pohl, Christoph, wiss. Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Martini
15.06.12 Saft, Sarah, wiss. Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Martini
01.07.12 Schmid, Yvonne, Ass. iur., wiss. Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Martini
15.07.12 Swiatczak, Martyna, Dipl.-Kauffrau, wiss. Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Frau Univ.-Prof. Dr. Morner
01.07.12 Hoffmann, Roland, LL.M., wiss. Mitarbeiter am Lehrstuhl/Projekt von Herrn Univ.-Prof. Dr. Weiß
01.08.12 Misgeld, Manuel, wiss. Hilfskraft am Lehrstuhl von Frau Univ.-Prof. Dr. Morner
01.08.12 Krämer, Elisabeth, Dipl.-Jur. (Univ.), wiss. Mitarbeiterin am Projekt von Herrn Univ.-Prof. Dr. Hill
16.08.12 Asafu-Adjei, Afia, Ass. iur., Mag. iur., wiss. Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Hill
01.09.12 Sefrin, Sylvie, Sekretärin am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Knorr
01.09.12 Kabamba, Elke, Sekretärin von Herrn Prof. Dr. Schmoch
10.09.12 Häsing, Tobias, wiss. Hilfskraft am Lehrstuhl von Frau Univ.-Prof. Dr. Kropp
15.09.12 Graf, Tilman, wiss. Hilfskraft am Lehrstuhl von Frau Univ.-Prof. Dr. Kuhlmann

b) Ausscheiden

- 15.04.12 Albert, Alexandra, Dr., wiss. Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Martini
30.04.12 Pistoia, Adriano, Dipl.-Wirtschaftsinformatiker, wiss. Mitarbeiter am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Wirtz
30.04.12 Nitzsche, Philipp, Dipl.-Wirtschaftsingenieur, wiss. Mitarbeiter am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Wirtz
30.04.12 Bronnenmayer, Matias, Dipl.-Kaufmann, wiss. Mitarbeiter am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Wirtz
30.04.12 Piehler, Robert, M. A., wiss. Mitarbeiter am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Wirtz
30.04.12 Mory, Linda, wiss. Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Wirtz
30.04.12 Müller, René, wiss. Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Wirtz
31.05.12 Rosing, Florian, wiss. Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Martini
31.05.12 Faß, Gertrud, Beschäftigte im Personalreferat

- 31.05.12 Heu, Johannes, wiss. Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Martini
- 14.06.12 Kühl, Benjamin, studentische Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Martini
- 18.06.12 Blümel, Albrecht, Dipl.-Politologe, M. A., wiss. Mitarbeiter von Herrn Prof. Dr. Schmoch
- 30.06.12 Puhr, Marliese, Sekretärin am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Sommermann
- 30.06.12 Rechner-Ralle, Sabine, Sekretärin von Herrn Prof. Dr. Schmoch
- 31.07.12 Gremm, Sarah, wiss. Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Martini
- 31.07.12 Steiger, Ilse, Sekretärin am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Knorr
- 31.07.12 Hebbecke, Christoph, Dr., wiss. Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Martini
- 31.07.12 Pohl, Christoph, wiss. Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Martini
- 31.07.12 Weinzierl, Quirin, studentische Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Martini
- 14.08.12 Demper, Maximilian, wiss. Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Weiß
- 15.08.12 Hötger, Damian, Ass. iur., wiss. Mitarbeiter am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Hill
- 15.08.12 Leowardi, Matthias, wiss. Hilfskraft am Lehrstuhl von Frau Univ.-Prof. Dr. Kuhlmann/Frau Univ.-Prof. Dr. Kropp
- 31.08.12 Fongern, Tim, wiss. Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Weiß
- 30.09.12 Dua, Patrick, Dr., wiss. Hilfskraft am Lehrstuhl von Frau Univ.-Prof. Dr. Kuhlmann
- 30.09.12 Pitschas, Rainer, Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c., Beendigung der Seniorprofessur

c) Ernennung

- 01.04.12 Morner, Michèle, Dr., zur Universitätsprofessorin

d) 25-jährige Dienstjubiläen

- 01.04.12 Wiora, Claudia
- 23.09.12 Dick, Martina



Verabschiedung von Gertrud Faß Fotos: Uni Speyer



Verabschiedung von Marliese Puhr



Verabschiedung von Ilse Steiger



Jubiläum von Claudia Wiora

Promotionen im Sommersemester 2012

HWAN-HAK KIM, Verfahrensrechtliche Kontrolle der Gewährleistungsverwaltung - Merkmale und Legitimationsprobleme der Gewährleistungsverwaltung, Veröffentlichung in Vorbereitung, Gutachter: R. Pitschas/J. Ziekow

STEFAN PRELLER, Nachhaltige Finanzierung der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst, Veröffentlichung in Vorbereitung, Gutachter: G. Färber/D. Engels

JAN VÖLKER, IT-Infrastructure Library (ITIL) für die Kommunalverwaltung - unter besonderer Berücksichtigung der kleinen und mittleren Gemeinden in Baden-Württemberg, Berlin 2012, Gutachter: S. Fisch/A. Menne-Haritz

ISABEL STIRN, Lokale und regionale Selbstverwaltung in Europa. Bewältigungsstrategien transnationaler Einflüsse der deutschen kommunalen Selbstverwaltung, Veröffentlichung in Vorbereitung, Gutachter: Ch. Koch/S. Magiera

THEO HENKE, Die Implementierungs- und Anwendungsprobleme von Führungskonzepten am Beispiel der Einführung des ‚Harzburger Modells‘ in die Kreisverwaltungen in Landau, Ludwigshafen und Koblenz, Veröffentlichung in Vorbereitung, Gutachter: A. Knorr/S. Fisch

Schriftenreihe der Hochschule

214 JAN ZIEKOW (HRSG.), Aktuelle Probleme des Luftverkehrs-, Planfeststellungs- und Umweltrechts 2011. Vorträge auf den Dreizehnten Speyerer Planungsrechtstagen und dem Speyerer Luftverkehrsrechtstag vom 2. bis 4. März 2011 an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Berlin 2012

215 HANS HERBERT VON ARNIM (HRSG.), Widerstand. Beiträge auf der 13. Speyerer Demokratietagung vom 27. bis 28. Oktober 2011 an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Berlin 2012

Speyerer Arbeitshefte

208 JOACHIM WIELAND, Vermögensabgaben im Sinne von Art. 106 Abs. 1 Nr. 5 GG. Rechtsgutachten im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung und der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Speyer 2012

209 HOLGER MÜHLENKAMP/PETER SOSSONG, Zum „Unsinn“ kommunaler CMS-Spread-Ladder-Swaps, Speyer 2012

Speyerer Habilitationen

22 CRISTINA FRAENKEL-HÄBERLE, Die Universität im Mehrebenensystem zwischen funktionaler Differenzierung und grenzüberschreitender Harmonisierung - Ein Beispiel für Policy-Making (Veröffentlichung in Vorbereitung)

Einverständniserklärung zur Aufnahme in das Ehemaligenverzeichnis der Universität

An die
Deutsche Universität für
Verwaltungswissenschaften Speyer
z. Hd. Frau Barbara Schneider
Freiherr-vom-Stein-Straße 2
67346 Speyer

oder per Fax: 06232 654 446

Ich bin am weiteren Kontakt mit der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer interessiert und bitte, meine Daten in deren „Ehemaligenverzeichnis“ aufzunehmen. Ich möchte in der internetgestützten und passwortgeschützten Ehemaligendatenbank der Universität Speyer geführt werden und erteile meine Einwilligung zur weiteren Speicherung und Verarbeitung meiner Daten, die für andere in dem Verzeichnis erfasste Ehemalige der Universität abrufbar sind. Es wird für diesen Service kein Beitrag erhoben. Das Zugangspasswort für die Datenbank mit den darin enthaltenen Angaben zu den Ehemaligen wird mir regelmäßig übermittelt werden.

Mit E-Mails an meine untenangeführte E-Mail-Korrespondenzadresse bin ich einverstanden: Ja
Nein

Hier meine Daten:

Name, Vorname, ggf. Titel*	
Hörer/-in in folgendem Semester	
E-Mail-Korrespondenzadresse	
Privatadresse Straße Postleitzahl, Ort Telefon Telefax	
ggf. Dienstadresse Funktion Dienststelle Straße Postleitzahl, Ort Telefon Telefax Dienst-E-Mail	

Diese Zustimmung zur Speicherung und Verarbeitung meiner Daten kann ich jederzeit widerrufen.

Ort, Datum, Unterschrift

* Pflichtfeld